

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellung vierteljährlich 14,00 fl.
monatl. 4,80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,16 fl., monatl. 5,20 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl.
Danzig 7 fl. Gold. Deutschland 2,50 fl.-M. Einzelnummer 25 fl. Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 fl. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Berneuf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpolige Millimeterzelle 15 Groschen, die einspal-
tige Nettomeile 125 Groschen. Danzig 10 fl. 20 fl. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Goldfl., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Plat-
zierung und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Vollseitentext: Polen 202157. Danzig 25228. Stettin 1817

Nr. 190.

Bromberg, Freitag den 21. August 1931.

55. Jahrg.

Endkampf um die Tribute.

Deutschland hat bereits 2½ Milliarden zu viel gezahlt!

Als Antwort auf Pläne, die dem Vernehmen nach in amerikanischen Regierungskreisen erhoben werden, Reparationen und Kriegsschulden radikal herabzusetzen, hat der französische Finanzminister Flandin, der sich in Paris schon als forschender Mann gezeigt hat, mit aller wünschenswerten Klarheit die Auffassung Frankreichs in dem bevorstehenden Kampf um die sogenannten Reparationen bekanntgegeben. Nach langen Jahren eines unglaublich kostspieligen Dilettantismus hat sich die Deutsche Regierung endlich entschlossen, darauf eine offiziöse Entgegnung der Öffentlichkeit zu übergeben. Sie will damit zu verstehen geben, daß sie einer Auseinandersetzung über die Tribute, die über kurz oder lang doch kommen muß, nicht aus dem Wege gehen will.

Flandin hatte nämlich gesagt, Frankreich habe nichts gegen eine Einstellung der deutschen Zahlungen einzubringen, soweit sie dazu benutzt würden, die Schulden Frankreichs an Amerika abzutragen. Darüber hinaus könne es aber nicht einwilligen in eine Streichung der Zahlungen, die von ihm als „Wiedergutmachung“ angesehen würden. Mit dieser Wiedergutmachung ist der Aufbau der durch den Krieg zerstörten französischen Gebiete gemeint. Das offiziöse Communiqué aus der Wilhelmstraße stellt demgegenüber fest, daß Frankreich selbst nach der ungünstigsten Schätzung der bisherigen Tributaufbringungen Deutschlands 18 bis 18,5 Milliarden erhalten habe. Schon bei den früheren Tributkonferenzen hatte Frankreich die Bedürfnisse für den Wiederaufbau der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete auf 16 Milliarden geschätz. Alle Verständigen waren sich damals schon einig, daß diese Schätzung viel zu hoch gegriffen ist. Über angenommen, die französische Forderung stimmt mit dem überein, was tatsächlich gebraucht wurde, so hätte Deutschland für die „Wiedergutmachung“ schon 2 bis 2½ Milliarden zu zahlen. Diese Bestellung der deutschen offiziösen Auslassung ist bemerkenswert klar. Bleibt festzustellen, wie es Frankreich fertiggebracht hat, die Überzahlung in die bisherigen Tributverträge einzuschmuggeln.

Nach dem Tributartikel des Versailler Vertrages ist Deutschland verpflichtet, „alle Schäden wieder gutzumachen, die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Mächte zugefügt worden sind“. Von einer Bezahlung der Kriegskosten oder Darlehen, die Deutschlands Feinde sich gegenseitig zur Kriegsfinanzierung gewähren, ist also keine Rede. Die gesamten Kriegskosten von Deutschland zu fordern verbietet die Moral, die man auf die Fahnen der Entente geschrieben hatte, andererseits mußte aus Deutschland sowiel wie möglich herausgeholt werden. Als Erster durchbrach England die Schranken, indem es vorschlug, den Berechnungen die Gesamtsumme aller mittelsbaren und unmittelbaren Kriegskosten, jährlich eine Billion Goldfranken, zugrunde zu legen, was den Zweck haben sollte, den Verteilungsschlüssel zugunsten Englands zu ändern. Das mißlang. Den Franzosen hingegen glückte es, die Renten ihrer Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in die „Zivilschäden“ hineinzuschmuggeln. Zum Überfluß setzte man die Zivilschäden so hoch an, daß sie die deutsche Leistungsfähigkeit auf jeden Fall überstiegen. Das sind die berühmten 182 Milliarden des Londoner Ultimatums. Auf diese Weise hatte man eine Summe erreicht, die es erlaubte, unter dem moralischen Titel der Zivilschäden aus Deutschland stets das Höchstmögliche herauszuholen. Die Probezahlungen, die der Dawes-Plan den Deutschen auferlegte, wurden aus gleichen ausländischen Geld bestritten. Die Rechtslage war verschoben, es kam jetzt allein auf die Einschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit an. Als dann im Young-Plan die Amerikaschulden zum Maßstab der deutschen Tribute gemacht wurden, war der Grundsatz der „Wiedergutmachung“ endgültig verlassen. Von diesem Zeitpunkt ab handelte es sich bei Deutschland um nichts anderes mehr, als um Tribute. Diese Methode ist jetzt durch die Weltkrise an ihrer Grenze angekommen. Es ist ganz klar, daß Deutschland nicht verpflichtet ist, Frankreichs Schulden an Amerika zu bezahlen. Das Reich erhält mit diesem Nachschlag kein Geschenk, sondern nur sein Recht. Die Aufrührung Flandins zeigt an, daß Frankreich aus weltwirtschaftlichen Gründen sich einem ernsthaften Angriff auf diesen Punkt nicht entziehen kann. Deshalb behauptet der französische Finanzminister, daß der Betrag, der nach Wegfall der amerikanischen Schulden für Deutschland noch als „Wiedergutmachung“ zu zahlen wäre, nicht ausreichte. Wie es damit steht, zeigt eindeutig die amtliche deutsche Entgegnung. Streicht Amerika Frankreichs Schulden, so sind die französischen Aufbaukosten heute schon von Deutschland voll bezahlt. Es ist, wie gesagt, schon viel, daß eine Deutsche Regierung sich offen zu diesen Tatsachen bekenn. Die Deutsche Regierung hat durch ihre Gegenrechnung klar zu verstehen gegeben, daß es sich bei den französischen Forderungen über die Schuldenzahlungen an Amerika hinaus um reine Tribute handelt, die keine Grundlage haben als das Faustrecht Frankreichs. Im Hinblick auf die letzten zehn Jahre immerhin ein Fortschritt!

Das Ergebnis von Basel.

Abschluß des Stillhalte-Konsortiums.

Die am Dienstag zum Abschluß gekommenen Basler Verhandlungen über die Bildung eines Stillhalte-Konsortiums haben vor allem deshalb enttäuscht, weil sie wiederum nur eine Hinausschiebung der endgültigen Lösung der deutschen Kreditkrise brachten und keine direkte Hilfe. Man braucht nicht gleich soweit zu gehen, von einem völligen Fehlschlagen der Verhandlungen und einer großen Enttäuschung für Deutschland zu sprechen. Denn es ist zu berücksichtigen, daß eine Einigung über die gewaltige Summe von 5 Milliarden erzielt werden mußte, ein Betrag, der für die Wirtschaft der großen Länder Amerika und England eine bedeutende Rolle spielt, und daß davon auch eine Reihe von neutralen Staaten berührt werden. Andererseits kann man natürlich nicht einen Vergleich mit Vorkriegszahlen ziehen, da die Weltwirtschaft inzwischen ein ganz anderes Volumen angenommen hat.

Die Basler Verhandlungen brachten eine Mangelskonvertierung der an Deutschland gegebenen kurzfristigen Kredite zu einem Halbjahreskredit. Daß diese Spanne Zeit nicht ausreicht, um auch nur einen Bruchteil dieses Betrages an die Gläubiger nach Ablauf der Frist zurückzuzahlen, weiß jeder. Am 19. Februar ist der Fälligkeitstag für den 5-Milliarden-Kredit, d. h. man muß bereits zu Beginn des Jahres 1932 wieder zusammenentreten, um darüber zu verhandeln, wie das Stillhalte-Konsortium weiter aufrecht erhalten werden kann. Dieser Termin wird besonders kritisch sein, da er zeitlich mit der größten Arbeitslosigkeit zusammenfällt. Die einzige positive Hoffnung, die man im Februar 1932 haben darf, werden die Erwar-

tungen auf eine Konjunkturbelebung sein, die man schon für das Frühjahr 1931 prophezeit hatte, ohne daß sie eingetreten ist.

Das umfangreiche Basler Gutachten ist auch insofern interessant, als es zum ersten Male eine verhältnismäßig genaue Zusammenstellung der Verschuldung Deutschlands bringt. Danach sind Deutschlands Schulden seit dem Jahre 1924 auf 25½ Milliarden angewachsen, denen deutsche Anlagen im Ausland in Höhe von nicht ganz 10 Milliarden gegenüberstehen. Es ergibt sich daraus eine deutsche Nettoverschuldung an das Ausland in Höhe von 15,8 Milliarden. Hierzu kommt der Saldo der kurzfristigen Verpflichtungen mit 3,5 Milliarden, so daß nach Abzug der deutschen kurzfristigen Guthaben sich eine Auslandsschuldung von 19,3 Milliarden ergibt. Setzt man hierfür nur einen jährlichen Zinssatz von 5 Prozent ein, so bedeutet das, daß Deutschland allein für seine Privatverpflichtungen jährlich 1 Milliarde an Zinsen bezahlen muß. Gemessen an den Reparationszahlungen, die in der Zeit von 1924 bis 1931 von Deutschland geleistet worden sind, haben sich die Deutschen also noch mehr Geld geliehen, als zur Ausbringung dieser Leistungen nötig war. Wie unter diesen Umständen überhaupt Tribute bezahlt werden können, dafür muß erst ein Rezept erfunden werden.

Schnelle Hilfe fordert Sir Walter Layton, der den Bericht unterzeichnet hat. Er erklärte: „Wir schließen daher mit der ersten Mahnung an alle beteiligten Regierungen, in der Erfahrung der notwendigen Maßnahmen keine Zeit zu verlieren und unverzüglich eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, um Deutschland und damit der Welt die so dringend benötigte Hilfe zu bringen.“

bedeutet für das folgende Jahr die Arbeitslosigkeit eines Drittels der mit dem Baumwollbau beschäftigten Landbevölkerung. Und das nächste Jahr ist in den Vereinigten Staaten Wahljahr! Für keine der großen Kapitalmächte, wobei für Frankreich noch für Amerika, empfiehlt es sich, die europäischen Dinge zum Äußersten kommen zu lassen.

Zwang zur Sparjämigkeit.

Der Fehlschlag der Pumpversuche — ein versteckter Segen?

In den „Basler Nachrichten“ (Nr. 222 vom 18. 8. 2. M.) behandelt Chefredakteur Oeri an letzter Stelle die Entwicklung des deutsch-französischen Konflikts. Er erwartet zum Schluss, daß in Völde die Ergänzung der negativen französischen Aktion durch ein positives europäisches Sanierungsprogramm zu erwarten sei. Frankreich könne die Dinge jetzt nicht einfach weiter treiben lassen, wohin sie treiben wollen. „Ob dieses Programm vorhanden ist? Ob die französischen Minister es bei ihrem Berliner Besuch präsentieren wollen?“ — fragt der sonst wenig skeptische Oeri weiter und fährt dann fort:

„Unterdessen tut Deutschland und tut auch England das, was unter den gegebenen fatalen Verhältnissen am nächsten liegt: man arbeitet Sparprogramme aus, die bis zum Alleräußersten gehen. Gefährliche Programme! In beiden Ländern hat die Arbeitslosigkeit ohnehin schon ungeheure Dimensionen angenommen. Wenn nun die Staatsanträge an die Industrie nahezu auf ein Nichts reduziert, die Bezieher von Staatsgeldern vom hohen Beamten bis zum Arbeitslosen noch viel kürzer gehalten werden als bisher, so wird sich das natürlich auf den inneren Markt auswirken. Wenn die Industrie arbeiten und nicht noch mehr Leute als bisher aufs Pfaster stellen soll, so muß schließlich doch noch jemand da sein, der etwas kaufen kann. Solche Erwägungen sind allerdings leichter anzustellen als zu sagen, womit der Staat sein Personal und seine Arbeitslosen bezahlen soll, wenn er weder Geld noch Kredit hat.“

Die „New York Times“ glaubten Deutschland kürzlich auf die eventuellen segensreichen Folgen seiner gegenwärtigen Hilflosigkeit und zwangsmäßigen Sparpolitik hinweisen zu müssen, indem sie schrieben:

„Da Aussicht auf ein neues Finanzabkommen besteht, werden die Deutschen vielleicht herausfinden, daß der Fehlschlag ihrer Pumpversuche ein versteckter Segen war. Nehmen wir einmal an, sie hätten den Kredit von 500 Millionen Dollar bekommen, den Dr. Luther in London und in Paris gesucht hatte. Dann hätte wahrscheinlich jeder erwartet, die Deutschen werden nach Ablauf eines Jahres die Young-Zahlungen wieder aufzunehmen... Aber sie haben keinen Kredit bekommen. Um wiewohl besser werden sie also nach einem Jahr dastehen, wenn sie sagen können, daß sie den Zusammenbruch durch übermenschliche Anstrengungen abgewehrt haben, die Reparationszahlungen aber nicht wieder aufzunehmen können, um ihr Land nicht wieder in eine finanzielle Panik zu stürzen.“

Das hört sich ganz gut an. Aber Voraussetzung ist, daß Deutschland nach Ablauf des Jahres voll „übermenschlicher Anstrengungen“ noch existiert, das heißt: als bürgerlicher, nicht bolschewistischer Staat noch existiert. Auch dann wird ihm mit einem bloßen weiteren Reparationsnachschlag ohne gleichzeitige Kredithilfe nicht genügend gedient sein. Irgend einmal wird diese Hilfe doch kommen müssen, und zwar rechtzeitig. Das wird man schließlich auch in Amerika einfühlen, weil man dort wohl oder übel auf den europäischen Markt angewiesen ist. Ein durch die mangelnde Kaufkraft Europas bedingtes, so schreckliches Experiment wie die signalisierte Vernichtung eines Drittels der Baumwollrente läßt sich einmal machen, aber nicht wiederholen; es

bedeutet für das folgende Jahr die Arbeitslosigkeit eines Drittels der mit dem Baumwollbau beschäftigten Landbevölkerung. Und das nächste Jahr ist in den Vereinigten Staaten Wahljahr! Für keine der großen Kapitalmächte, wobei für Frankreich noch für Amerika, empfiehlt es sich, die europäischen Dinge zum Äußersten kommen zu lassen.

Konflikt im Pariser Kabinett?

Laval wollte ohne Briand nach Berlin reisen.

Der Pariser Berichterstatter des „Journal de Genève“ veröffentlicht sensationelle Enthüllungen über gewisse Vorgänge innerhalb des französischen Kabinetts, die die wahren Ursachen der Verschiebung der Berliner Reise Lavales gebildet haben sollen. Nach der Darstellung des Blattes handelt es sich hierbei um folgende Ereignisse:

Seit Anfang August hatte der französische Ministerpräsident Laval beschlossen, Ende August dem Reichskanzler Dr. Brüning in Berlin seinen Besuch abzustatten, und zwar ohne Briand, lediglich in Begleitung von Berthelot.

Briand, der von diesen Plänen Kenntnis erhielt, konnte die Absichten des Ministerpräsidenten durchkreuzen. Anfang August las Laval zu seinem größten Erstaunen in der Presse ein Berliner Telegramm nach dem in Berliner politischen Kreisen größte Beunruhigung über die Verschiebung seiner Reise auf Ende September herrschte, obwohl davon noch gar nicht die Rede war. Eine sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß Lavales in aller Stille, und zwar ohne Wissen des Ministerpräsidenten, auf Veranlassung des Quai d'Orsay (des Pariser Außenministeriums) eine Depesche offiziösen Charakters nach Berlin gesandt hatte, in der von einer Verschiebung der Reise Lavales aus Gründen der Zweckmäßigkeit Mitteilung gemacht wurde.

Der französische Ministerpräsident Laval war darüber höchst entrüstet.

Im Hinblick auf die peinliche Situation war es ihm nicht möglich, sie öffentlich darüber zu beschweren.

Zu diesem Zeitpunkt traf auch die Einladung der Deutschen Regierung für die Reise der französischen Minister zum 27. August nach Berlin ein. Laval ließ Berlin sofort wissen, daß er durchaus bereit sei, zu diesem Zeitpunkt die Reise anzutreten, daß jedoch die offizielle und endgültige Annahme der Einladung von der Zustimmung des Außenministers Briand abhänge. Jedoch würde unzweifelhaft dieser seine Zustimmung erteilen. Dies trat jedoch nicht ein.

Briand ließ Laval wissen, daß er sich in der formellsten Weise einer Reise nach Berlin für Ende August widersehen und nötigenfalls seine Demission geben würde.

Nach einem längeren Meinungsaustausch zwischen Laval und Briand sah sich der Ministerpräsident gezwungen, nachzugeben und teilte Berlin telephonisch mit, daß infolge des Gesundheitszustandes Briands die Reise verschoben werden müsse.

Der Korrespondent weist dann auf die scharfe Spannung zwischen Briand und Laval hin, die bei der Zollunionfrage zum erstenmal zum Ausbruch gekommen sei, und berichtet weiter von einem

eigenartigen Zwischenfall, der sich bei dem Besuch Brünings und Curtius' in Paris ereignet hätte.

Wenige Minuten vor Eintreffen der deutschen Minister auf dem Nordbahnhof in Paris habe Laval erfahren, daß Briand die deutschen Minister ersucht habe, sich unverzüglich und direkt zu ihm zu begeben. In größter Entrüstung hätte der Ministerpräsident sofort telephonisch den Reichskanzler bitten lassen, sich zu ihm ins Außenministerium zu begeben, ohne vorher dem Quai d'Orsay einen Besuch abzustatten. Lediglich Dr. Curtius wäre aufgefordert worden, den üblichen protokollarischen Besuch dem französischen Außenminister abzustatten.

Der Berichterstatter glaubt, daß es nicht mehr lange dauern werde, bis Laval die Leitung des Außenministeriums übernehmen würde; insbesondere da Briand bereits zweimal seine Demission angeboten habe.

Paris und Moskau

Hand in Hand?

Wie "United Press" erfährt, ist in Paris ein Nichtangriffspakt zwischen Frankreich und Sowjetrußland, von dem wiederholte Rede war, abgeschlossen und bereits parahiert worden. In dem Vertrage verpflichten sich die beiden Mächte zur strikten Neutralität, falls der Vertragspartner zum Gegenstand eines nicht provozierten Angriffs von Seiten eines dritten Staates oder einer Staatengruppe gemacht wird.

Die Verhandlungen über dieses Abkommen, das, abgesehen von der formellen Anerkennung, den ersten Vertrag zwischen der Sowjetregierung und Frankreich darstellt, und das sich eng an das Muster des Berliner Vertrages anschließt, haben Anfang Mai in Paris zwischen dem Sowjetbotschafter Dowgalewski und Berthelot, dem Generalsekretär im französischen Außenamt, begonnen. Der Vertrag war auch Gegenstand von Besprechungen, die später im Mai anlässlich der Genfer Tagung zwischen Briand und Litwinow stattfanden. Kurz nach dieser Besprechung wurde die Deutsche Regierung von der Sowjetregierung darüber in Kenntnis gesetzt, daß derartige Verhandlungen zwischen Frankreich und Russland schwebten.

Gleichzeitig mit den Vorbesprechungen über den Nichtangriffspakt laufen Verhandlungen über den Abschluß eines provisorischen Handelsvertrages, die einen befriedigenden Verlauf zu nehmen scheinen.

Wie in Berlin von zuständiger Seite versichert wird, ist der Abschluß des französisch-russischen Nichtangriffspaktes noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen scheinen aber günstig zu stehen, so daß auf beiden Seiten mit der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Abschlusses gerechnet wird.

Verständigung der großen Mächte ohne Polen?

Unter dieser Überschrift schreibt der nationaldemokratische "Kurjer Poznański". „Die internationale Situation entwickelt sich dauernd im Zeichen einer gewaltigen Belebung. Darauf weisen die fortwährenden Besuche und Begegnungen der Minister der einzelnen Staaten hin. Die nächste Session des Bölkerverbandes, sowie die Reise der Herren Laval und Briand nach Berlin geben den Anlaß zu immer neuen Kombinationen. Eine dieser Kombinationen ist in der „Kölnischen Zeitung“ d. h. in dem Organ des deutschen Außenministers Curtius, erschienen, nämlich das Projekt der Verständigung der großen europäischen Mächte, nämlich Englands, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und der Sowjets. Dieser Plan geht davon aus, daß man Europa beruhigen und deshalb zu einer Verständigung kommen müsse, um einerseits die Friedensverträge nicht zu verschlechtern und andererseits den status quo nicht abzuändern. Die Grundlage dieses scheinbar verlockenden Paktes wäre die deutsch-französische Verständigung, die der deutsch-sowjetrussischen Verständigung ähnlich wäre und die darauf beruhen würde, daß beide Staaten sich verpflichteten, sich über alle sie betreffenden Angelegenheiten zu verstündigen. Nach Abschluß einer solchen Verständigung und um zu zeigen, daß diese Verständigung nicht gegen andere Mächte gerichtet ist, war in Aussicht genommen, daß England, Italien und auch die Sowjets dem Pakte beitreten sollten.“

Auf diese bezeichnenden Vorschläge antwortet der "Tempo" in seinem Leitartikel vom 17. August: Das Blatt stellt fest, daß, wenn man dem Vorwurf aus dem Wege gehen wolle, daß der Pakt der Großmächte sich gegen andere Länder richte, alle europäischen Staaten zur Teilnahme an diesem Pakt aufgefordert werden müßten. Tatsächlich sei der erste und der hauptsächlichste Zweck dieses neuen Projekts einer "heiligen Allianz" die Verdrängung Polens aus dem europäischen Konzert, was das ständige Streben der deutschen Diplomatie sei.

Der weitere Zweck ist nach dem "Tempo", daß Deutschland dadurch unmittelbare Verhandlungen mit Frankreich vermeiden und sie — bei Teilnahme anderer Mächte — auf das internationale Gebiet übertragen könne. Deutschland fürchtet sich, mit Frankreich unter Augen zu verhandeln. Darauf weist auch die "Kölnische Zeitung" selbst hin, die in einer Korrespondenz aus Rom meldet, daß die Unterhaltungen zwischen Brüning und Curtius mit Mussolini und Grandi nicht so sehr konkrete als vielmehr allgemeine Zwecke verfolgten, daß Deutschland immer stärker zu dem italienischen System der Verständigung hinzugezogen werde, die das "Vater unser" Europas sei, und daß zu dieser Verständigung die angelsächsischen Länder hinzutreten. Hier sieht man von neuem die Absicht, Frankreich zu isolieren und gleichzeitig die Drohung, wenn es nicht dem ersten Vorschlag der "Kölnischen Zeitung" beitrete, dann werde das zweite Projekt des Blattes verwirklicht.“

Der "Kurjer Poznański" schließt: „Der "Tempo" sieht mit Rühe auf diese Manöver und stellt fest, daß die französisch-deutsche Verständigung nur ohne Beteiligung von dritter Seite erreicht werden kann.“

„Wir überschauen unsererseits“, so sagt das Posener nationaldemokratische Organ, „die Pläne der "Kölnischen Zeitung“ nicht, wir müssen indessen bemerken, daß ihr Stil lebhaft an die deutschen Vorschläge eines Sicherheitspaktes vom Jahre 1925 erinnert, die damals an die Adressen der

rechts gerichtet waren und woraus sich dann Socarno entwickelte. Deshalb ist die polnische Wachsamkeit in diesem wichtigen diplomatischen Zeitraum mehr geboten als jemals.“ —

Graf Bethlen tritt zurück.

Außenminister Graf Karoly mit der Kabinettbildung betraut.

Die Ungarische Regierung Bethlen hat am Mittwoch vormittag ihre Demission gegeben, die vom Reichsverweier Horvath angenommen wurde. Außenminister Graf Julius Karoly hat die Bildung eines neuen Kabinetts angenommen, in dem er die Leitung des Außenministeriums beibehalten will.

Über den überraschenden Rücktritt meldet ein amtliches Communiqué: „Im gestrigen Ministerrat hat sich die Regierung eingehend mit der allgemeinen Lage beschäftigt und ist zu dem Entschluß gelommen, mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse ihre Demission zu geben.“

In Budapest hatte man zunächst als fächer angenommen, daß Graf Bethlen die Demission des Kabinetts nur gegeben habe, um eine gründliche Rekonstruktion seines Kabinetts vorzunehmen. Niemand zweifelte indessen daran, daß er mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden würde. In Oppositionskreisen war auch von der Bildung eines Konzentrations-Kabinetts die Rede.

Zum Rücktritt der Regierung wurde noch folgendes Communiqué veröffentlicht: „Die Finanzkrise ist einer Verhügung zugeschürt worden. Die Freiheit des inneren Geldverkehrs ist wieder hergestellt und die Verhandlungen des Ober Landesfinanzierungsausschusses sind derart fortgeschritten, daß die Mehrheit des Ausschusses die auf die Sicherung des Gleichgewichtes des Staatshaushalts bezüglichen Vorschläge der Regierung angenommen hat. Nach alledem waren die Mitglieder der Regierung der Meinung, daß sie ihren Platz einer anderen Regierung überlassen müssen. Es folgt jetzt eine Periode der wirtschaftlichen Entwirrung, in welcher die Opferwilligkeit der Nation sich in gesteigertem Maße fundt. Um diese Opferwilligkeit zu erreichen, hält der Ministerrat eine solche Regierung für geeigneter, die frische Energien und Kräfte mithringt und daher die besten Schichten der ungarischen Gesellschaft zu einem Höhepunkt der Opferwilligkeit wird bringen können.“

Dieses offizielle Communiqué wird in politischen Kreisen so gedeutet, daß die Regierung, die in der letzten Zeit infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise heftigen Angriffen ausgegesetzt war und die glaubt, daß sie die Grundlage zur Lösung der Krise schon geschaffen habe, die Durchführung der schon beschlossenen und zum größten Teil bekanntgegebenen Maßnahmen zur Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt und zur Erschließung neuer Einnahmequellen, also die Durchführung der geplanten Sanierung, jetzt besser neuen Persönlichkeiten überlässt, die keiner Kritik über Vergangenes ausgesetzt sein werden und daher unbeschwert sich den ihrer harrenden Aufgaben widmen können.

Prinz Nikolaus in Warschau.

Man sagt: er will polnische Flugzeuge kaufen...
(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am 20. d. M. wird der rumänische Prinz Nikolaus, der jüngere Bruder König Karls II., im Flugzeug in Warschau eintreffen. Fürst Nikolaus wird sich einige Tage in Warschau aufhalten.

Am 18. d. M. sind der Chef des rumänischen Militärflugwesens General Lazarescu und General Jakobici auf dem Luftwege in Warschau angekommen.

Der 28jährige Prinz Nikolaus ist Generalinspektor der bewaffneten Kräfte Rumäniens. Dieser Umstand gibt dem Besuch des rumänischen Fürsten in Polen außer der allgemeinen politischen Bedeutung noch eine besondere militärische Note.

Die Sowjetpresse knüpft an diesen rumänischen Besuch alarmierende Mutmassungen, die man auf polnischer Seite als vollkommen irrig bezeichnet. Nach der offiziell inspirierten polnischen Presse trifft Prinz Nikolaus einzigt zu dem Zweck in Warschau ein, um das polnische Flugwesen kennen zu lernen und insbesondere mit den polnischen staatlichen Flugzeugfabriken Unterhandlungen über die Lieferung eines besonderen Typs von Flugzeugen für die rumänische Armee durchzuführen, worauf die gleichzeitige Anwesenheit des Chefs des rumänischen Militärflugwesens in Warschau hinweist. Man erinnert daran, daß seinerzeit der bekannte polnische Flieger Hauptmann Orlinski in Bukarest ein Flugzeug polnischer Konstruktion, nämlich "PZL 5", in Gegenwart des Königs Karl, des Prinzen Nikolaus und zahlreicher militärischer Würdenträger Rumäniens vorführte. Die rumänische Armeeleitung interessiert sich für diesen Flugzeugtyp und ist angeblich bereit, ihn in der rumänischen Armee einzuführen.

Dass die Abwickelung dieses Geschäfts, das einzigen Fachleuten überlassen werden könnte, den einzigen oder auch nur den Hauptzweck des Besuches des Prinzen Nikolaus in Warschau bilde, wie die offiziell inspirierte Presse versichert, ist eine Behauptung, die man respektvoll zur Kenntnis nehmen kann. Aber man kann kaum umhin, sich dabei Gedanken zu machen, die leider mit der offiziellen Presse nicht hundertprozentig übereinstimmen.

Der jugoslawische Außenminister sagt seinen Besuch ab.

Am 22. d. M. sollte der jugoslawische Außenminister Marinovitsch als Guest der polnischen Regierung in Warschau eintreffen. Der Besuch wurde jedoch widerufen. Wie eine vorgestern in Warschau eingetroffene Nachricht lautet, hat Marinovitsch infolge des plötzlichen Todes seines Bruders von der Reise nach Polen Abstand nehmen müssen.

Der deutsche Gesandte auf Urlaub.

Der deutsche Gesandte in Warschau von Moltke hat einen zweiwöchigen Erholungsurlaub angetreten und ist ins Ausland verreist.

Der Waldemars-Prozeß.

Kowno, 19. August. (PAT) Im Waldemars-Prozeß wurde heute die Vernehmung der Angeklagten geschlossen; es begann die Vernehmung der Zeugen. Die Vernehmung des Innernministers, Obersten Rustekis, dauerte 1½ Stunden. Wie die Rigauer Zeitung aus Kowno berichtet, erregte die Bekundung des Angeklagten Wojciechowitsch, eines der beiden Attentäter auf den Obersten Rustekis, Sensation. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich zur Schuld bekenne, antwortete der Angeklagte zwar verneinend; im Laufe seiner weiteren Vernehmung bestätigte er aber die ihm in der Anklage gemachten Vorwürfe, wobei er Waldemars stark belastete. Aus der Bekundung des Wojciechowitsch ist ersichtlich, daß Waldemars von der Verschwörung gegen Rustekis nicht nur gewußt hat, sondern daß er auch den beiden Angeklagten Weisungen erteilt. Wojciechowitsch war zur Zeit der Diktatur des Waldemars dessen persönlicher Adjutant. Der zweite in diesem Punkte Angeklagte Pupulewitsch behauptete, daß er lediglich im Auftrage des Wojciechowitsch gehandelt hat.

Wie über Berlin aus Kowno gemeldet wird, hätte Waldemars in der Mittagspause einem Pressevertreter erklärt, daß er eine Verurteilung erwarte. Wenn er indessen freigesprochen würde, würde er auswandern.

Matuszewski aus Sowjetrußland zurückgelehrt.

Der frühere Finanzminister Matuszewski, der vor zwei Wochen eine Studienreise nach Sowjetrußland unternommen hatte, ist gestern früh nach Warschau zurückgekehrt. Den ihn auf dem Bahnhofe erwartenden Journalisten hat er die Bitte um ein Interview abgeschlagen und dabei erklärt, daß er auch scheinbar der Presse keine Auskünfte über seine Reise erteilen werde. Matuszewski bestritt auch, daß er sich irgend einem Journalisten gegenüber über seine Reiseindrücke geäußert hätte und bezeichnete das Interview mit ihm, das in der Berliner Presse erschienen ist, als glatt erfunden.

Diplomatische Personalien.

In den nächsten Tagen wird eine Personenänderung auf den Posten des Handelsrates und des Finanzrates in der polnischen Botschaft in Washington erfolgen. Der Handelsrat Wanckowicz und der Finanzrat Wojciechowitsch werden abberufen werden. An ihre Stellen treten Andrzej Sapieha und Ingenieur Józef Mościcki.

Deutsches Reich.

Anhalt will unverzüglich zu Preußen.

Im anhaltischen Staatsministerium ist nach Mittelungen von gutunterrichteter Stelle in der Frage des Anschlusses Anhalts an Preußen eine gründliche Wandlung eingetreten. Zwar liege, so wird erklärt, finanziell nicht die geringste Ursache vor, den Anschluß zu betreiben. Wohl aber halte man es mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichsreform für notwendig und nützlich, sich so schnell wie möglich mit Preußen über den Anschluß zu verständigen. Der gute Vermögensstand Anhalts bietet die Möglichkeit, jetzt noch im Wege von Verhandlungen die Erhaltung der wertvollen Kultureinrichtungen des Landes in Form von Stiftungen zu sichern, während es mehr als fraglich erscheine, ob die bevorstehende Reichsreform solche Sicherungen noch zulassen werde.

Aus anderen Ländern.

Separatismus in Brasilien.

Nach einer Meldung des "Petit Parisien" aus São Paulo macht sich im brasilianischen Staate São Paulo eine separatistische Bewegung bemerkbar, die die Loslösung von Nordbrasilien erstrebt und mit allen Mitteln die Zentralregierung zu bekämpfen gedenkt. Unter anderem wird zum Boykott der nordbrasilianischen Waren aufgerufen. Die Staaten São Paulo, Paraná, Santa Catharina und Mato Grosso werden zur Bildung einer neuen Republik aufgefordert. Es hat sich eine separatistische Partei gebildet.

Neue Kämpfe in Kuba.

Auf Kuba sind wieder blutige Kämpfe im Gange. Nach eingegangenen Meldungen aus Havanna wurde die Stadt Gibara nach Bombardierung durch Flugzeuge und Geschütze von den Regierungstruppen erobert.

Rücktritt des Präsidenten von Chile.

Der vorläufige Präsident von Chile, Juan Esteban Montero, ist zurückgetreten, hat sich aber gleichzeitig von den politischen Gruppen, die seinen Vorgänger Ibáñez gestützt haben, als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen aufstellen lassen. Diese Wahlen werden im Oktober abgehalten werden. Die Geschäfte der Präsidentschaft werden in der Zwischenzeit von Manuel Trucco geführt.

Kleine Rundschau.

Begeisterter Empfang des deutschen Luftschiffes in England.

Bei seiner Landung auf dem Londoner Flugplatz Hanworth wurde dem Luftschiff ein begeisterter Empfang bereitet. Dr. Eckener wurde vom Publikum geradezu enthusiastisch begrüßt. Die Begeisterung nahm derartige Formen an, daß die Abspannungsmaßnahmen die Menge mit ausgespannten Seilen zurückschrangen mußten, um so etwas Raum zu schaffen. Durch ein Mikrofon, das an die Gondel herangereicht wurde, sprach Dr. Eckener dann einige Worte an das englische Rundfunk-Publikum. Die Automobilstraße, die von London nach Hanworth führt, war völlig verstopft. Da der König von England ausdrücklich gewünscht hatte, das Luftschiff zu sehen, unternahm Dr. Eckener auf dem Flug nach London einen kleinen Umweg und überflog den Sommersitz des Königs in Sandringham. Nach einem Aufenthalt von knapp anderthalb Stunden startete das Luftschiff dann zu seinem großen Rundflug über England.

Das Luftschiff "Graf Zeppelin" ist Donnerstag früh von seiner Englandfahrt um 6.35 Uhr bei strömendem Regen auf dem Werftgelände glatt gelandet.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angetragen.

Bromberg, 20. August.

Veränderliches Wetter.

Die deutschen Wetterstationen kündigen für unser Gebiet veränderliches Wetter mit Niederschlägen an.

Menschenschicksale in Zahlen.

Auch trockene Zahlen können einen tiefen Einblick in die Beziehungen der Menschen untereinander geben. Eine Schattenseite bildet in jedem Staate die Kriminalität. Wie wir dem Statistischen Jahrbuch der Republik Polen entnehmen, sind im Jahre 1926 in Polen 188 869 Personen rechtskräftig verurteilt worden, darunter 33 503 Frauen. Der Konfession nach gehören von den 52 853 Verurteilten in den Central- und Ostwojewodschaften 39 899 dem römisch-katholischen, 8158 dem orthodoxen, 3778 dem mosaischen, 670 dem evangelischen und 112 dem griechisch-katholischen Bekenntnis an. In den westlichen Gebieten wurden 25 790 Katholiken, 1516 Evangelische, 416 Mosaische, 40 Orthodoxe und 31 Griechisch-Katholische verurteilt. In den südlichen Wojewodschaften und im Teschener Schlesien wurden 108 022 Personen gerichtlich bestraft, davon 53 169 Römisch-katholische, 48 765 Griechisch-katholische, 5108 Mosaische, 520 Evangelische und 95 Orthodoxe. Interessant ist die Feststellung, daß 60 412 der Verurteilten nicht schreiben und lesen und 2164 zwar lesen, aber nicht schreiben können. Den Riesenanteil von Analphabeten haben mit 41 397 die südlichen Wojewodschaften. Die meisten Vergehen wurden in dem 20. bis 24. Lebensjahr verübt. Genaue Zahlen über die Art der Vergehen liegen aus dem Jahre 1929 vor. Mordfälle wurden im ganzen 2815 verzeichnet, wovon 909 an Kindern verübt worden sind: 84 in Lublin, 80 in Lemberg, 64 in Posen und nur 13 in Schlesien. Vergehen gegen den bekannten Paragraph 218 wurden 1093 festgestellt. In acht Fällen wurde aufgedeckt, daß mit Mädchen Handel getrieben wurde; 169 Kirchenschändungen kamen vor. In Polen scheint die Bigamie noch recht verbreitet zu sein: 117 Fälle wurden festgestellt, 1926 waren es sogar 179.

Kalt und frostig wird einem, wenn man im Statistischen Jahrbuch auf die Seiten füßt, die die Selbstmordversuche und Selbstmorde zahlenmäßig anführen. Erschütternde Menschentragödien stehen dahinter. 3929 Personen haben im Jahre 1929 in Polen Selbstmord begehen wollen. Im Jahre vorher waren es sogar 4818. Die meisten Selbstmordversuche wurden in den Monaten Mai und Juni vorgenommen. Die Hauptstadt Warschau steht mit 1256 an der Spitze, dann folgen die Wojewodschaften Podlachia mit 419, und erst in weitem Abstand mit 224 Selbstmordversuchen Lemberg, Schlesien mit 164, Posen mit 168 und Pommerellen mit 78. Im Jahre 1927 wurden in ganz Polen 4186 Selbstmordversuche polizeilich festgestellt, wovon 1024 einen tödlichen Ausgang hatten. In den westlichen Wojewodschaften kamen 805 Selbstmordversuche vor (auf 10 000 Einwohner entfallen 0,7 Selbstmorde), in den südlichen Wojewodschaften 480 (0,6) und in den Ostwojewodschaften 239 (0,5). In der Hauptstadt Warschau sind im Jahre 1929 316 Personen freiwillig aus dem Leben geschieden (auf 100 000 Einwohner entfallen 2,9 Selbstmorde). Für Krakau beträgt diese Verhältniszahl 2,2, für Lemberg 2,1, für Bromberg und Wilna 2 und für Posen 1,6.

Weit schrecklicher sind die Zahlen für Deutschland, wo im Laufe des Jahres 1929 16 665 Menschen die Hand an sich legten. Auf jeden Monat kommen rund 1390 und auf jeden Tag 46 Selbstmorde. Nach bisherigen vorläufigen Feststellungen ist diese Zahl im Jahre 1930 um ein Erhebliches größer gewesen.

* Die Abgaben für die Autobüße und Tagen, die seit der Einführung der neuen Wegesteuer zu starken Gegenjähen zwischen Regierung und Autobesitzern geführt haben, waren Gegenstand von Beratungen einer interministeriellen Kommission. Diese Kommission hat ihre Arbeiten jetzt beendet. Die für die nächste Zeit festgesetzten Grundsätze sollen nach und nach zur Durchführung gelangen. Bis zur Einführung neuer Bestimmungen wird weiterhin das Gesetz vom 8. Februar d. J. über den Wegefonds in Kraft bleiben. Über die Durchführung dieses Gesetzes hat die Kommission sich dafür ausgesprochen, daß 1. die Abgaben für Privatautos in bisheriger Höhe bleiben, 2. eine Herabsetzung um 20 Prozent und Nichtanwendung der Gewichtsstaffel bei privaten Lastautos und solchen Autos, die zu Verdienstzwecken verkehren, erfolgt, 3. daß eine Einziehung einer Abgabe von den tatsächlich verkauften Billets der Autobüsse entsprechend dem Art. 18 des Gesetzes über den staatlichen Wegefonds stattfindet. Die Rückstände für den Zeitpunkt vom 1. April d. J. müssen bis zum 1. Januar entrichtet werden. Die Abgabe von dem Gewicht der Privatautos ist nicht geändert worden. Bis zur Einführung der geänderten Ausführungsverordnung werden weiterhin die Monatsraten zu entrichten sein, die für Autobüsse, Taxis und Lastautos ein Fünftelzehntel der Jahresrate von den Abgaben laut Gericht und Billettverkauf betragen müssen.

* Eine neue Gefängnisordnung. Eine Verordnung des Justizministers Michałowski ist erschienen, die sich auf das Gefängnisreglement bezieht. Diese Verordnung sieht drei Kategorien von Gefangenen vor, und zwar 1. solche, die zu Buchthaus verurteilt sind, 2. solche, die zu Gefängnis mit

Umwandlung in Besserungsanstalt verurteilt sind und 3. solche, die zu Gefängnis verurteilt sind. Außerdem sind noch folgende Gefangenengruppen vorgesehen: 1. Frauen, 2. minderjährige bis 17 Jahre, 3. Untersuchungsgefangene und 4. rückfällige Verbrecher. Es sollen zwei Hauptbücher geführt werden: für Untersuchungsgefangene und für Strafgefangene. — Wie aus dieser Verordnung hervorgeht, macht diese keinen Unterschied zwischen politischen und Strafgefangenen. Ferner ist noch vorgesehen, daß, falls es die örtlichen Verhältnisse zulassen, die Gefangenen für zwei Wochen in besonderen „Beobachtungszellen“ untergebracht werden. Die Verordnung tritt am 1. Oktober in Kraft.

* Eine Viertelmillion Dollar für die Juden in Polen. Von amerikanischen Wohltätigkeitsvereinen wurden in diesem Jahr folgende Summen für jüdische Institutionen in Polen überwiesen: 88 000 Dollar für das jüdische Fachschulwesen, 31 000 Dollar für Sommerferien, 88 000 Dollar für Gesundheits-Institutionen, 27 000 Dollar für Anleihekassen und andere Zwecke. Im ganzen wurden in diesem Jahr 253 400 Dollar überwiesen.

* Auch das zweite Opfer der Paddelbootkatastrophe aegorben. Am Dienstag abend wurde die zweite Leiche der Paddelbootkatastrophe in dem Braheim in der Nähe des Sägewerks C. A. Franke gefunden. Es handelt sich um die Leiche des Postbeamten Gerwazy Bzaniecki. Der Verstorbene wohnte in Dirschau und war am 14. d. M. nach Bromberg gekommen, um die beiden Feiertage im Kreise seiner Angehörigen zu verleben. Am Sonntag begab er sich um 9 Uhr mit seinem Bruder Alfons und seinem Freunde, dem bei der gleichen Katastrophe ums Leben gekommenen Buchhändler Chabalewski, in die Kirche. Nach der Andacht holten sich die beiden Lebtagenantes das Paddelboot, das auf dem Hofe des Hauses Wollmarkt 1 stand, und das Alfons Bzaniecki gehörte. Kurze Zeit darauf sah ein Passant das Paddelboot auf dem Wasser schwimmen, daneben eine Jacke. Man leitete sofort eine Hilfsaktion ein, konnte aber erst nach 30 Minuten Chabalewski bergen, der bereits eine Leiche war. Der Tod ist durch Herzschlag eingetreten.

* Straßenunfall. An der Ecke Schillerstraße (Paderewskiego) und Bölowstraße (Al. Mickiewicza) stürzte die in der Schifferstraße wohnhafte Agnes Andrzejewska von einem Fahrrade und wurde von einem anderen Radler übersfahren. Sie trug nur leichte Verletzungen davon.

* Wieder eingefunden hat sich die seit einiger Zeit vermiste Frau Stepowska, die geistesgestört ist. Man schaffte sie nach Zielanka.

* Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages drei Personen wegen Übertretung sitzenpolizeilicher Vorschriften, eine Person wegen Fahrraddiebstahls, eine gesuchte Person, und eine wegen Trunkenheit.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Die Bücherei der Dtsch. Gesellsch. f. Kunst u. Wissenschaft (Bibliothek) ist von Freitag, den 21. 8., an wieder geöffnet. (7780)

* Aus dem Landkreise Bromberg, 18. August. Der Landw. Verein Bachwitz hielt kürzlich im Gasthaus Moritzfelde unter Leitung des Vorsitzenden Seehäuser eine Versammlung ab. Nach Besprechung der Erteile gab Vereinsmitglied Erdmann heitere und zeitgemäße Vorträge zum besten.

* Schulz (Solec), 18. August. Auf dem heutigen Wochenmarkt zählte man: Für Kartoffeln 2,50 bis 2,80, für Butter 1,90—2,00, Eier 1,50, Weißkohl 0,40, Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,15, Wirsingkohl 0,05, grüne Bohnen 0,10, Gurken 0,05, Birnen 0,18—0,20, Pfirsichen 0,10—0,20, Äpfel für 2 Pfund 0,25—0,40, Krusen für 3 Pfund 0,25, Kirschen 0,35, Brombeeren 0,30, Blaubeeren 0,30, Tomaten 0,35, Preiselbeeren 0,25, Weintrauben 0,50, Pfifferlinge 0,25, Mohrrüben pro Bund 0,10, Kohlrabi 0,15, rote Rüben 0,10, junge Hühner pro Stück 1,20—1,70.

* Debene (Debnoje), Kreis Wirsitz, 18. August. Unser hört Diebstähle werden auf dem hiesigen Friedhof verübt; Topf- und andere Pflanzen werden von Gräbern gestohlen. — Rottlauf ist unter den Schweinebeständen des Maurers Ed. Ruz und denjenigen des Nachtwächters Wilhelm Stubbe ausgebrochen. — Ein junges Mädchen aus dem Nachbarort hat sich durch Erhängen aus unbekannten Gründen das Leben genommen.

* Biulin, 19. August. Ein schweres Gewitter mit Hagelschlag ging gestern über unsere Gegend und richtete großen Schaden an. — In der Nacht zum 19. d. M. brannten in Biulin bei dem Besitzer Arthur Schmidt das Wohnhaus, ein Stall sowie eine Scheune nieder. Am nächsten Tage aufkommende Glut äscherte auch noch den letzten Stall ein. Nur die Mühle blieb vom Feuer verschont.

* Kolmar (Chodziez), 19. August. Ein schwerer Motorradunfall ereignete sich in der ul. Krasiński. Der auf seinem Motorrad fahrende Kaufmann Gotowicz aus Wongrowitz stieß an der Ecke ul. Krasiński-Zwycięstwa mit der ihm auf dem Fahrrade entgegenkommenden Frau des Stationsvorstellers Kubiszewski aus Zachariasberg zusammen, wobei die Frau ziemlich schwer verletzt wurde. Auch der Motorradfahrer stürzte und wurde leicht verletzt, während ein auf dem Soziussit mitfahrender Soldat unverletzt blieb. Die beiden Verletzten wurden von der Polizei zum Arzt gebracht.

* Wirsitz (Wyrzysk), 19. August. Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden gezahlt: Butter 1,60—1,80 pro Pfund, Eier 1,30—1,40 pro Mandel, Gurken 0,05, Rhabarber 0,10, Mohrrüben pro Bund 0,15, Blumenkohl Kopf 0,10—0,40,

Weißkohl Kopf 0,10—0,20, Bohnen 0,10—0,20, Tomaten 0,25, Kohlrabi 0,15—0,20, Birnen 0,10—0,25, Äpfel 0,10—0,20, Blaubeeren 0,40 und Preiselbeeren 0,60 pro Liter, junge Kartoffeln 0,08, Zwiebeln Bund 0,10, Zitronen 0,25, Fische: Schleie 1,20, Barsche 0,70, Plötz 0,50. Auf dem Schweinemarkt zahlte man für das Paar Ferkel 30—35 Zloty.

* Innowroclaw, 19. August. Vor der Strafkammer hier selbst hatte sich in der gestrigen Sitzung das Dienstmädchen Bronisława Tucholska aus Minowola bei Innowroclaw zu verantworten. Die 20jährige Angeklagte hat das Aussehen fast eines Kindes. Ihre Eltern kennt sie nicht, weiß auch nicht ob sie leben und wo sie leben. Die Angeklagte legt ihr zur Last, ihr uneheliches Kind ausgezogen zu haben, und zwar hat sie es kurze Zeit nach ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus in den Kiesen hinter eine Scheune in Minowola auf den nassen Erdboden niedergelegt, wo es dann später gefunden wurde. Die Angeklagte bestreitet ihre Schuld nicht, jedoch verteidigt sie sich damit, daß sie nichts gehabt habe, das Kind zu ernähren. Der Staatsanwalt fordert für die Angeklagte 10 Monate Gefängnis. Nach kurzer Beratung wird sie zu 8 Monaten Gefängnis unter Aurechnung der Untersuchungshaft verurteilt. — Der Tischlermeister Jan Helezyk von hier, ul. Toruńska 1, meldet, daß ihm systematisch Handwerkzeug im Werte von 100 Zloty entwendet worden ist. Die Polizei ist dem Diebe bereits auf der Spur. — Festgenommen und dem hiesigen Kommissariat zugeführt wurden Tadeusz Kravowolski und Edward Michalski, wohnhaft in Warschau, sowie Adam Dobrzynski aus Podz, die sämtlich als „Blinde Passagiere“ auf der Eisenbahn gefahren waren.

* Purowitz (Pobiedziska), 19. August. Der heutige Pferde-, Vieh- und Krammarkt war gut besucht und beschickt. Gute Arbeitspferde kosteten 150—500, ältere 100—200 und abgetriebene alte Tiere 15—30 Zloty. Gute junge Milchkühe brachten 400—450 Zloty, ältere Kühe und Färden 100—200 Zloty. Auf dem Krammarkt erzielten die Kaufleute mit warmen Kleidungsstücken die meisten Umsätze. — In Kowalewo bei Obrnik hatten Bizenner 2 Färden gestohlen, die von der hiesigen Polizei den Bizenern in Borowo hiesigen Kreises abgenommen wurden. — In Kołatta hiesigen Kreises wurden dem Landwirt Paweł 8 Zentner Roggen von der Scheunentonne gestohlen. Die sofort benachrichtigte Polizei ermittelte bei dem Nachbarn (!) den Roggen.

* Posen (Poznań), 19. August. Eine großzügige Schwindlerbande hatte sich in den Personen Borowczyk, Kuhner und Piechel aus Posen vor der Strafkammer wegen Darlehns- und Kautionschwindleien zu verantworten. Sie hatten im vergangenen Jahre, ohne selbst im Besitz irgend welcher Geldmittel zu sein, unter dem hochtrabenden Titel „Krajowe Zjednoczenie Rolników Bajodni Polski“ in Posen ein Darlehnshaus mit zwei Zweistellen in Lipa und Wreschen eröffnet. In der Hauptstache bestand ihre Tätigkeit darin, den zahlreichen Darlehnsnehmern Vorschüsse bis zu 1000 Zloty für Einziehung von Auskünften usw. im ganzen 5500 Zloty, abzuknöpfen. Sie beschäftigten ein gutes Heer von Angestellten, denen sie im ganzen über 10 000 Zloty Kautiothen — meistens ihr letztes Geld! — abnahmen. Kleine Gehälter, die sie anfangs noch zahlten, hörten schließlich ganz auf, und die Kautiothen waren restlos verloren. Das Gericht verurteilte die modernen Glücksritter, und zwar Borowczyk zu 3 Jahren, Kuhner zu 1 Jahr und Piechel zu acht Monaten Gefängnis. Ein vierter Angeklagter namens Czajkowski wurde freigesprochen. — In der Nähe des Bahnhofs Westseite an der fr. Glogauerstraße überfiel gestern ein bekannter Messerheld Marian Maciejewski aus Gurtchin einen Siegfried Lech. Dieser griff in der Notwehr zum Revolver und verletzte seinen Gegner durch einen Schuß in den Unterleib.

* Ostrów, 19. August. Fahrraddiebstahl. Aus dem Korridor der Kasernen Pożyczkowa ist dem Josef Maciejewski von einem Unbekannten ein Fahrrad gestohlen worden. — Die hiesige Polizei nahm die beiden Schneiderlehrlinge Lewek und Lesiewicz wegen systematischer Diebstähle fest. — Von dem hiesigen Bezirksgericht wurden verurteilt wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung der Gerichtskanzlei Franz Kubzakela aus Schildberg zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, wegen Einbruchsdieststahls Wladyslaus Nowacyk aus Krotoschin zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, Jan Janikowski wegen schweren Diebstahls zu vier Monaten Gefängnis, Anton Kuffner aus Kornaczevo, Kreis Krotoschin, wegen Hohlerei zu zwei Monaten Gefängnis.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 20. August 1931.

Kralau — 2,57, Jawischow + 1,06, Marchau + 0,86, Block + 0,15, Tordom + 0,27, Culm + 0,02, Graudenz + 0,21, Kurzebrak + 0,48, Bieki — 0,28, Dirschau — 0,47, Einlage + 2,24, Schiewenhorst + 2,50.

Chef-Redakteur: Gottbold Stark; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teils: Marian Geyke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, T. o. v. p. sämlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 190

.. und bis zum 10. Jahr

dürfen Sie für die zarte, empfindliche Haut Ihres Kindes nur die milde

NIVEA KINDERSEIFE

verwenden. Nivea-Kinderseife wird nach ärztlicher Vorschrift hergestellt; mit ihrem seidenweichen Schaum dringt sie schonend in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde und kräftige Hautbildung.

Nivea-Kinder sind ein Stolz der Mütter!

Preis: Zt. 1,50



Sonnengebräunte, gesunde Haut
jugendfrisches, kerngesundes Aussehen geben Ihnen

NIVEA - CREME ÖL (Hautfunktions- u. Massage-Öl)

Denn beide enthalten — als einzige ihrer Art — das hautpflegende Eucerit, beide vermindern die Gefahr schmerzhaften Sonnenbrandes und geben wundervoll gebräunte Hauttonung, auch bei bedecktem Himmel. Nivea-Creme wirkt an heißen Tagen angenehm kühlend. Nivea-Öl schützt Sie bei unfreundlicher Witterung gegen zu starke Abkühlung, die leicht zu Erkältungen führen kann, so daß Sie auch an kalten Tagen in Luft und Wasser baden können.

Nivea-Creme: Zt. 0,40 bis 2,60 / Nivea-Öl: Zt. 2,00 und 8,50

Frieda Mahlke Willy Janz

grüßen als Verlobte

Dzierdo, im August 1931.

3321

Statt besonderer Anzeige

Gestern vormittag entschlief sanft nach längerem schweren, mit großer Geduld und Ergebung getragenem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbekräften, unsere liebe herzensgute Schwester, Schwägerin und Tante

Gertrud Przygodzki

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
E. Przygodzki

Bydgoszcz (Bromberg), den 20. 8. 1931.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 22. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten katholischen Friedhofs aus statt.

7790

Am 18. d. Mts., nachts 1/2 Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Krankenlager, unsere geliebte Tochter, Schwester, Enkelin und Nichte

Irmgard

im vollendeten 5. Lebensjahr.

Um stilles Beileid bitten

Familie J. Maris

Frau M. Hannemann.

Bydgoszcz, den 20. August 1931.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 22. d. Mts., nachm. 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des alten evgl. Friedhofs aus statt.

7783

Nachruf.

Heute früh erlöste der Herr durch einen sanften Tod von mancherlei Leiden unter hoch geschätztes Mitglied, den

Kirchenältesten, Herrn Brauereibesitzer

Ottofar Redmann

Stadtrat a. D.

Fast neun Jahre hat er dem Gemeinde-Kirchenrat angehört und mit seinen reichen Lebenserfahrungen und seinem klaren Geist, ein aufrechter Mann, unserer Gemeinde treu gedient.

Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben!

Graudenz, 18. August 1931.

Der evangel. Gemeinde-Kirchenrat.

Dieball, Pf.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie zahlreichen Französischen beim Heimgegangen unterlieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Pfarrer Bandin für die trostreichsten Worte am Sarge und Grabe unjeren

herantragten Dank.

Hulda Dzemski geb. Noh Ingeborg Dzemski als Tochter Radzyn, den 19. August 1931.

Hierdurch mache ich darauf aufmerksam, dass Herr Leon Klessa hier meine Vertretung nicht mehr hat und wie bisher keine Vollmacht besitzt, Gelder für mich einzukassieren.

Ernst Mix

Seifenfabrik Bydgoszcz.

OTO - ATELIER Tel. 120
nur Gdanska 27 fr. 19
empfiehlt nur kurze Zeit
Postkarten 6 Stück 4.-
in künstlerischer Ausführung. 7688
Paßbilder sofort mitzunehmen.

Geldmarkt

6-8000 zt

auf Landgrundstück zu sich Stelle per sofort od. 1. Ott. gefügt. Offert. unter 2. 7732 an Emt. Romen, Grudziadz.
Zt. 10 - 12 000 auf Hypothek sofort zu vergeben. Off. unter 2. 94 an Ann.-Exped. Wallis, Toruń.

Rettung für Hautkrank!

Hautcreme „Heilwunder“ Danziger Patent Nr. 1919. Einzigartiges Kosmetikum zur Pflege der Haut, hilft vermöge seiner Eigenschaften selbst in verzweifelten Fällen bei sämtlich. Flechten, auch Bartflechte, offene Beinschäden, Ekzeme, Pickel, Ausschläge aller Art, Gesichts- und Nasenröte, Frostschäden usw.

Glänzende Anerkennungen. Bei Nichterfolg Geld zurück! Preis 8.60 zt. Versand per Nachnahme, bei Voreinsendung des Betrages portofrei. Bei Bestellung Zweckangabe erbeten.

Chem. Kosm. Laboratorium „Klossin“ 7272

Danzig - (Gdansk), Hundegasse 43.

Landwirtschaftlicher Beamter

verheiratet, ohne Kinder, Anfangs 40, Polnisch in Wort u. Schrift perfekt, übernimmt auch Gutvorstandsfachen, erfährt mit der Bearbeitung von schwerem u. leicht. Boden, sucht v. sofort od. 1. Oktober Stellung.

Offerten u. 2. 7781 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

Suchen Sie

eine gute Arbeitskraft?

bei bescheidenen Ansprüchen, dann schicken Sie, bitte, noch heute Ihre Zuschrift an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter Nr. 2. 7580.

Ich kann wirken als

Heberseher, Correspondent oder

II. Buchhalter.

Bin der deutsc. u. polnisch. Sprache gleich gut mächtig, vertraut m. Buchführung und sonstigen Büroarbeiten, auch Stenographie u. Schreibmaschine.

Erfolger. Unterricht

i. Englisch u. Französisch, erteilt L. u. A. Turbad, Ciełotowięcie 24 l. (früher 11). Französisch-englische Übersetzung. Langjähr. Aufenth. in England u. Frankreich.

Privat-Mittagstisch

3206 Toruńska 18, M. 5.

Wohne

jetzt Pomorska 42, 2 Dr., Wohn. 6

Hermann Pflaum, Töpfermeister, 2387

Frisse (Manufaktur) sucht Kundenschaft außer dem Hause. 3217 Pomorska 53.

7784 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7785 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7786 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7787 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7788 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7789 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7790 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7791 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7792 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7793 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7794 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7795 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7796 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7797 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7798 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7799 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7790 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7791 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7792 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7793 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7794 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7795 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7796 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7797 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7798 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7799 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7790 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7791 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7792 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7793 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7794 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7795 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7796 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7797 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7798 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7799 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7790 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7791 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7792 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7793 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7794 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7795 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7796 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7797 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7798 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7799 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7790 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7791 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7792 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7793 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7794 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7795 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7796 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7797 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7798 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7799 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7790 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7791 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7792 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7793 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7794 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7795 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7796 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7797 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7798 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7799 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7790 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7791 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7792 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7793 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7794 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7795 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7796 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7797 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7798 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7799 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7790 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7791 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7792 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7793 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7794 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7795 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

7796 a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

Bromberg, Freitag den 21. August 1931.

Pommerellen.

20. August.

Graudenz (Grudziadz).

Blutige Zusammenstöße.

Mittwoch ereigneten sich in den Nachmittagsstunden zwei blutige Zusammenstöße in Graudenz. Ein Holzwärter erstickte den in der Czarneckikaserne wohnhaften Arbeitslosen Amantowski beim Holzdiebstahl im Stadtpark. Er machte von seiner Schnitzwaffe Gebrauch und verlegte den Arbeiter so schwer, daß dieser im Krankenhaus starb.

Um 10.30 Uhr abends versetzte ein Unteroffizier einem Gemeinen, der nicht begrüßt hatte und statt sich zu legitimieren sich schnell entfernen wollte, einen Bajonettschlag in die Herzgegend. Der Soldat wurde in das Krankenhaus eingeliefert.

Das schreckliche Flugzeugunglück

In der Graudenzer Nachbarschaft, über das wir gestern bereits kurz auf der zweiten Seite unseres Blattes berichteten, stellt sich in seinen Einzelheiten wie folgt dar:

Dienstag nacht 23.45 Uhr wurde die Graudenzer Feuerwehr von der Fliegerstation aus telephonisch alarmiert, angeblich nach Dragas (Draga). Nach sofortiger Ausfahrt stellte die Wehr fest, daß es sich um einen entzündeten Brand, und zwar in der Anstellung Krusze bei Gr. Sibau (Bzow), Kreis Schwed, handelte. Hier hatte sich eine furchtbare Katastrophe zugetragen, welche die Ursache des Feuers war. Ein Großflugzeug des Graudenzer Flughafens, das über Graudenzen und Umgebung einen Übungsslug ausgeführt hatte, war an das Dach des Stallgebäudes des Besitzers Osmański in Krusze gestossen und der 900 Liter Benzinkontinentale Tank des Apparates war explodiert, so daß das Flugzeug sofort in hellen Flammen stand. Als die Feuerwehr als erste Hilfe auf der Unfallstelle eintraf, stand sie das Flugzeug mit seiner aus vier Militärpersönlichkeiten bestehenden Besatzung bereits völlig zerstört bzw. bis zur gänzlichen Unkenntlichkeit verkohlt menschliche Reste vor.

Von den vom Apparat ausgehenden Flammen fassten der Stall sowie die übrigen anliegenden Baulichkeiten des Besitzers Osmański ebenfalls Feuer, so daß die Graudenzer Wehr, zu der sich inzwischen diejenige von Gr. Sibau gesellt hatte, harte Arbeit verrichten mußte, um des Feuers Herr zu werden. In etwa zweistündiger Arbeit gelang es denn auch, den Brand zu unterdrücken. Verstört worden ist das Dach des massiven Stalles und ein hölzerner Schuppen, während das gleichfalls massiv erbaute Wohnhaus, das nur eine geringe Dachbeschädigung davongetragen hat, ganz erhalten bleiben konnte.

Was die beklagenswerten Opfer der Katastrophe betrifft, so handelt es sich um folgende Flugzeuginsassen: Oberleutnant Michał Mazurek, Leutnant Gustav Domrowski, Pilot Sergeant Georg Daczkiewicz und Pilot Sergeant Jan Kellner. Außer dem diesen vier Militärs hat der Unfall noch die durch das brennende Benzinkessel erfolgte Verbundung zweier in dem betroffenen Stall schlafender Arbeiter, des 45jährigen Stefan Wojtaszyk und des 15jährigen Franciszek Fedrzejewski, zur Folge gehabt. Sie wurden ins Graudenzer Krankenhaus eingeliefert.

Erheblichen Schaden erlitten hat der betroffene Landwirt Osmański. Außer dem Gebäude Schaden, der etwa auf 20 000 Zloty geschätzt werden kann, sind ihm bei der Katastrophe 35 Schweine, 2 Stück Jungvieh, 40 Enten, 30 Hühner und 6 Gänse verbrannt. Das Hornvieh leinte gerettet werden.

Die Ursache des Flugzeugsturzes mit den entsetzlichen Folgen kann, da die Besatzung tot ist, wohl nicht so leicht mit Sicherheit festgestellt werden. Wie die Bewohner erzählt haben, ist kurz vor der Explosion kein Motorgeräusch wahrgenommen worden. Die Flugzeuginsassen sollen sich noch beizeiten losgeschält haben, sind dann aber von der Explosion überrascht und jählings getötet worden. Ob es sich um eine mißglückte Notlandung oder um einen Absturz infolge Motorschadens gehandelt hat, vermag möglicherweise eine fachmännische Untersuchung zu ermitteln.

Die evangelischen kirchlichen Gemeindekörperschaften nahmen in ihrer letzten Sitzung die vom Rendanten, Kirchenmeister Holm, gegebene Rechnungslegung über den Stand der Kirchen- und der Friedhofskasse für das letzte Geschäftsjahr entgegen. Während die zweitgenannte Kasse befriedigend abschneidet, ist in der Kirchenkasse leider ein erhebliches Defizit festzustellen. Die Einnahme beläuft sich auf 32 775, die Ausgabe auf 36 774 Zloty. Zurückzuführen ist dieser Mindestertrag zum großen Teil auf die Säumigkeit eines beträchtlichen Teils der Gemeindeglieder in der Entrichtung der kirchlichen Beiträge. Der schon des öfteren in den Sitzungen der kirchlichen Vertretungen an die evangelischen Glaubensgenossen gerichtete Appell, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Kirche pünktlicher und williger nachzukommen, hat somit bedauerlicherweise bisher noch nicht den so überaus notwendigen Erfolg gehabt. Möge daher wenigstens von nun an an Stelle der mancherorts bisher gezeigten Lässigkeit in der Leistung der kirchlichen Gebühren die für jedes von rechtem religiösen Geist erfüllte Mitglied der Kirchgemeinde eigentlich selbstverständliche Zahlungsfreudigkeit gegenüber den absoluten Erfordernissen der Kirche treten.

Ein Schornsteinbrand in einem Hause der Schlachthofstraße (Narutowicza) hatte Mittwoch vormittag Feueralarm zur Folge. Die Wehr brachte das harmlose Feuer unverzüglich zur Erstickung.

Velchenfund. Bei Ostrowitz (Ostrowite), Kreis Löbau, wurde am Dienstag nachmittag die Leiche eines etwa 28 Jahre alten jungen Mannes aus der Weichsel gezogen. Der Tote ist etwa 1,70 Meter groß, hat dunkle, kurze Haare. Er war mit khakifarbenem Jackett, ebensolem Sweater und Manchesterhose bekleidet. Nach den Beststellungen muß die Leiche ungefähr zehn Tage im Wasser gelegen haben. Der junge Mensch scheint beim Angeln ertrunken zu sein, worauf auch schließen läßt, daß er in der

Tasche einen Angelhaken hatte. Erkennungspapiere wurden bei dem Toten nicht gefunden. Den Umständen nach vermutet man, daß er aus Graudenz stammt.

× **Bubenstreit.** Durch einen gewaltigen Knall wurden Dienstag abend gegen 9 Uhr die Bewohner der Langenstraße (Długa) erschreckt. Es stellte sich heraus, daß auf das Gleis der Elektrischen vor dem Hause Nr. 8 von Taugenichtsen ein Schädelchen mit einem explosiven Stoff gelegt worden war. Die Straßenbahn hatte dann beim Hinüberfahren den Inhalt zur Entladung gebracht. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur.

× Ein bedeutender Diebstahl ist in der Privatwohnung des Kantinepächters der Fliegerschule, Myszard Przeorowski, verübt worden. Langfinger haben ihm während seiner Abwesenheit 2000 Zloty, 3 Solarówkas, 5 Bankdarlehns-papiere und andere Wertpapiere, eine goldene Damenuhr usw. entwendet. Der Schaden des Bestohlenen beträgt 3000 Zloty.

× Laut letztem Polizeibericht wurde ein Dieb festgenommen. An Diebstählen waren fünf Fälle verzeichnet; Władysław Rogozinek, Blücherstraße (Kiliński) Nr. 1, ist um Kleidungsstücke und Lebensmittel im Werte von 200 Zloty, Helena Marcinkowska, Oberbergstraße (Podgórska) 2, um einen Mantel und 10 Zloty Bargeld, Anna Szymborska, Fischerstraße (Rybaka) 29, um Garderobe im Werte von 150 Zloty, Józef Warzyński, Siegelestraße (Cegielnia) 7a, ebenfalls um Kleidung im Werte von 350 Zloty bestohlen worden.

Thorn (Toruń).

Wo darf in Thorn gebaut werden?

Gemäß Artikel 410 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. Februar 1928 über das Baurecht besteht die Möglichkeit, im Wege städtischer Vorschriften das Errichten von Wohnhäusern an unfertigen Straßen zu verbieten. Unserig sind solche Straßen, die nicht mit Fahrdamm, Bürgersteig, Straßenbeleuchtung, Wasserleitung und Kanalisation versehen sind. In Thorn besteht bereits seit dem Jahre 1904/05 ein Ortsstatut, das den Bau von Wohnhäusern an solchen unfertigen Straßen untersagt.

Die Stadt Thorn besitzt etwa 100 Kilometer öffentliche Wege und Straßen, von denen etwa 48 Kilometer vollständig ausgebaut sind. Es fehlen Kanalisation für rund 53 Kilometer, Wasserleitung für rund 42 Kilometer, vollständiger Ausbau des Fahrdamms für rund 21 Kilometer, Verstärkung des Fahrdamms für rund 32 Kilometer, Gas- und elektrische Stromleitungen für rund 50 Kilometer.

Der Ausbau einer Straße zu einer "fertigen" kostet pro 100 Meter Länge ungefähr 53 053 Zloty. Davon entfallen auf Anlage der Kanalisation 12 133 Zloty, der Wasserleitung 3620 Zloty, der elektrischen und Gasanlage 8500 Zloty und des Fahrdamms und der Bürgersteige 28 000 Zloty. Der vollständige Ausbau des gesamten Wege- und Straßennetzes würde also einen Kostenaufwand von rund 15 000 000 Zloty erforderlich machen.

Da es ausgeschlossen ist, daß die Stadt bei der heutigen Wirtschaftslage eine derartige Summe für ihren Ausbau aufzugeben kann, sie aber andererseits gezwungen ist, bei Besetzung unfertiger Straßen mit Wohnhäusern die erforderlichen Arbeiten auszuführen zu lassen, so gibt der Magistrat bekannt, daß an folgenden Straßen nur in Ausnahmefällen ein Baukonsens erteilt werden kann: Kloßmannstraße (ulica Krasickiego), Hoffstraße (ulica Kochanowskiego), Ulanenstraße (ulica Reja), Sportstraße (ulica Gen. Bema), Grenzstraße (ulica Graniczna), Sedanstraße (ulica Kilińskiego), Konduktstraße (ulica Bodna), Goethestraße (ulica Bażyńskiego), Nonnenstraße (ulica Panieńska), Pulskastraße, Taubenstraße (ulica Golibia) und Viehmarktstraße (ulica Targowa).

Trotz dieser Einschränkungen stehen an fertigen Straßen noch über vier Kilometer (genau 4100 Meter) Frontlänge für Wohnungsbauten zur Verfügung. Die Baupläne sind hier natürlich teurer und so erscheint es sehr fraglich, ob sich hier Baulustige finden werden. U. G. sollte man, um der Wohnungsnott Rechnung zu tragen, billige Baupläne ohne jede Einschränkung an Baulustige abgeben. Man sollte heutzutage froh sein, wenn

Bei Menschen, die niedergeschlagen, abgespannt, zur Arbeit unfähig sind, bewirkt das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser freies Kreisen des Blutes und erhöht das Denk- und Arbeitsvermögen. In Apotheken und Drogerien erhältlich. (590)

überhaupt irgendwo ein Neubau entsteht und so und so vielen Bauhandwerkern usw. Arbeit und Verdienstmöglichkeiten gewährt.

Interessenten, die an einer der oben genannten Straßen bauen wollen, erhalten die Genehmigung dazu nur, wenn sie sich verpflichten, einen dem Preise ihres Bauplatzes entsprechenden Beitrag zugunsten der Stadt zum Ausbau der Straße (Anliegerkosten) zu zahlen und ferner, wenn sie das zum Straßenausbau benötigte Terrain zugunsten der Stadt kostenlos und zwar ohne hypothekarische Belastung abgeben.

Wieder ein schweres Motorradunglück.

Nachdem sich erst vor einigen Tagen im Thorner Landkreise ein schweres Motorradunglück ereignet hat, in dessen Folge ein Toter und ein Schwerverletzter zu beklagen waren, trug sich am Dienstag ein neuerlicher Unglücksfall im Landkreise zu.

In den nächsten Nachmittagsstunden näherte sich auf der Chaussee von Scharnau (Czarnowo) ein von dem Rittmeister Kazimierz Sawodny des 8. reitenden Schützen-Regiments gefahrener Motorrad mit Beiwagen, in dem der Schütze Czajka saß, der Stadt. In der Nähe des Hafens (Port Drzewny) platzte plötzlich ein Reifen und das in voller Fahrt befindliche Fahrzeug überschlug sich.

Dabei erlitt der Schütze erhebliche Schädelverletzungen, während der Rittmeister mit mehreren leichteren Verletzungen davonkam. Der alarmierte Arzt der Rettungsbereitschaft leistete die erste Hilfe. Dann wurde der schwerverletzte Cz., dessen Zustand äußerst bedenklich ist, mit dem Sanitätsauto des Fliegerregiments in das Militär-lazarett überführt.

× Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 20. August, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 27. August, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Sonntagsdienst am 23. August hat die Neuens-Apotheke (Apteka pod Lwem), Elisabethstraße (ul. Króla Jana III) 1, Fernsprecher 269.

t. Aus dem Gerichtssaal. Der Landwirt Kazimierz Mück aus Słuzewo besitzt dort ein 60 Morgen großes Grundstück, das er im Vorjahr einem Manne namens Nomak verpachtet hatte. Das Inventar verkaufte er an N. und ließ sich dafür 5000 Zloty auszahlen. Das verpachtete Grundstück und an N. bereits verkaufte Inventar verkaufte Mück dann noch einmal an den Landwirt Koostecki, wofür er 8000 Zloty entgegennahm. Als Nowak zu dem verabredeten Termin zur Übernahme des Grundstücks in Słuzewo erschien, ging M. auf ihn los, verprügelte ihn nach allen Regeln der Kunst und warf ihn aus dem Hause. Nicht besser erging es Koostecki, der ein paar Tage darauf gleichfalls erschien. Ihr Geld sahen beide nicht wieder. Es blieb ihnen also nichts anderes übrig, als Klage zu erheben. M. saß nun auf der Anklagebank des Bezirksgerichts, das ihn wegen Betruges zu acht Monaten Gefängnis verurteilte und ihm auch die Kosten des Verfahrens auferlegte.

t. Mit einer schweren Schußwunde, die durch eine Gewehrkugel verursacht wurde und den rechten Oberschenkel verletzt hatte, wurde Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr ein junger Mann von Arbeitern des städtischen Vorwerks Katarzynki bewußtlos aufgefunden. Man telefonierte sofort an das städtische Krankenhaus, das das Rettungsauto mit einem Arzt hinaussandte. Dieser legte den Verletzten einen Verband an und überführte ihn dann ins städtische Krankenhaus, wo sofort zu einer Operation geschritten werden mußte. Der Verletzte war bis in die späteren Abendstunden nicht wieder zum Bewußtsein gekommen, so daß er keinerlei Angaben machen konnte. — Wie festgestellt, handelt es sich um den 18jährigen Arbeiter Edward Norman, wohnhaft Eichbergstraße (Pod Dąbem Górem) 78. Wer den verhängnisvollen Schuß abgegeben hat,

Thorn.

Großer Preisabbau!

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 23. August 1931

(12. n. Trinitatis)

* Bedeutet anschließende

Abendmahlfeier.

St. Georgen Kirche,

Borm. 9 Uhr Gottesdienst,

Pf. Heuer.

Altstädt. Kirche, Borm.

10½ Uhr Gottesdienst, Pf.

Heuer, 12 Uhr Kinder-

gottesdienst, Pf. Heuer.

Evangel. Luther. Kirche,

Badestr. (Strumyńska) 8

Nachm. 6 Uhr Predigt-

gottesdienst, Pf. Brauner.

Groß Siedendorf, Borm.

8 Uhr Gottesdienst, i. Gussau,

11½ Uhr Kindergottesdienst,

Montag,

8 Uhr Jungmädchen-

Dienstag, 8 Uhr

Gottesdienst, Pf. Steffani.

Nelsau, Nachm. 2½ Uhr

Gottesdienst, Pf. Steffani.

Gottgau, Borm. 9 Uhr

Gottesdienst, dan. Kinder-

gottesdienst, Bf. Hanfkw.

Lustau, Nachm. 4 Uhr

Gottesdienst, dan. Kinder-

gottesdienst, Bf. Hanfkw.

Rentschau, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst, dan. Kinder-

gottesdienst, Bf. Hanfkw.

Szczytno, Borm. 11 Uhr

Gottesdienst, Pf. Görtler.

Szczytno, Borm. 11 Uhr

Gottesdienst.

Szczytno, Borm. 11 Uhr

ist noch nicht ermittelt. Man nimmt an, daß es vielleicht der Förster gewesen sei, der N. bei unerlaubtem Pilzesuchen im Walde überrascht haben könnte. Wir vermögen dies jedoch nicht zu glauben, da der Beamte sich wohl zweifellos des Bewunderten und Kampfunsfähigen angesehen hätte. Das Ergebnis der polizeilichen Recherchen wird mit Spannung erwartet.

* Der tägliche Straftatzenfall. Beim Abpringen von der fahrenden Straßenbahn in der Schulstraße (ul. Sienkiewicza) stürzte Dienstag gegen 8 Uhr abends der 46 Jahre alte Wladyslaw Sadecki aus der Talstraße (ul. Klonowicza) 22 so unglücklich, daß er sich einen Knöchelschaden am linken Beine zuzog. Er wurde in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

* Auf frischer Tat ertappt. Der in der Katharinenstraße (ul. Sw. Katarzyny) 12 wohnhafte Wladyslaw Walczak überraschte einen in seine Wohnung eingebrochenen Dieb namens Jan Spynda, der bereit für etwa 150 Gulden Sachen sich angeeignet hatte, und übergab ihn der Polizei. — Eben solches Glück hatte Kazimierz Dzwinski aus der Schulstraße (ul. Sienkiewicza) 30, der gleich zwei Einbrecher — Bronislaw Prylewski und Franciszek Halajdzik von hier — überraschen und festnehmen konnte.

* Neben drei kleineren Diebstählen verzeichnet der Polizeirapport vom Dienstag elf Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, zwei Zwiderhandlungen gegen die Wegeordnung und zwei Fälle von Störung der öffentlichen Ruhe. — Verhaftet wurde die 27 Jahre alte Bojka Galuska, ohne ständigen Wohnsitz, wegen eines Garderobendiebstahls.

* Gdingen (Gdynia), 17. August. Elektrifizierung der Umgebung. Unter dem Vorsitz des Gdingener Regierungskommissars fand kürzlich eine Sitzung des Vorstandes der Gdingener Elektrizitätswerke statt. Der Vorstand genehmigte die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr und den Bericht über das 1. Quartal dieses Jahres. Ferner hat er beschlossen, den Bau von neuen Leitungen in Angriff zu nehmen, um die Elektrifizierung der benachbarten Dörfer Pierwoszyn, Kosakow und Stefaniow durchzuführen.

ch Konitz (Chojnice), 19. August. Vom Blitze erschlagen wurde im Schönfeld ein Pferd. Am Tage war man mit Einfahren von Heu beschäftigt. Als die Pferde am Abend ausgespannt waren und in den Stall gebracht werden sollten, traf ein Blitz eins der Pferde und tötete es. — Unbekannte Diebe stahlen dem Rittergutsbesitzer Janowits in Grochowo 25 Hühner.

h. Neumark (Nowemiaso), 19. August. In der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli verzeichnete das hiesige Standesamt 28 Geburten (11 Mädchen, 17 Knaben), darunter eine Zwillingsschwangerschaft (Knabe, Mädchen), eine Totgeburt, und zwei uneheliche Geburten. Im gleichen Zeitraum wurden 21 Todesfälle angemeldet und drei Hochleidungen vorgenommen. — Feuer entstand auf dem Hausboden des Wohnhauses des Eigentümers Johann Wierzbowski hier. Das Feuer konnte bald nach dem Ausbruch gelöscht werden. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet, die ergab, daß das Feuer durch den Sohn des W. angelegt worden ist, um auf diese Weise die Feuerver sicherungs summe zu bekommen. W. wurde verhaftet. — Neulich brach ein Feuer auf dem Boden des hiesigen Gemeindehauses aus, das von den Ortshämen bewohnt wird. Verbrannt ist eine größere Anzahl Kleidungsstücke. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß das Feuer durch die Mieterin Maria Golanska aus Nachbarschaft angelegt worden ist, daß G. wider ihren Willen die innegehabte Wohnung räumen sollte. Als man die Brandstifterin ins Arrestlokal schaffte, begann sie zu lärmern. In ihrer Zelle zerschlug sie die Fensterscheiben, nahm den Kochlöffel auseinander und warf die Schalen gegen Tür und Wände.

a. Schwerz (Swietokrzystki), 19. August. Am 16. d. M. nachmittags wurde auf der Strecke Bromberg—Gdingen die 81jährige Frau Grzymacz aus Linstk hiesigen Kreises vom Zug überfahren. Sie hatte, da sie sehr schwerhörig war, das Herausnahmen des Zuges überhört, wurde vom Zug erfaßt und fand den sofortigen Tod.

u. Strasburg (Brodnica), 19. August. Neue Höchstpreise hat der Starost für den Kreis Strasburg festgesetzt. Danach kostet 1 kg. Roggenmehl im Großhandel 27 Gr., im Kleinhandel 32 Gr., ein kg. Roggenbrot 32 Gr., drei 50—55-Grammsemmerln 10 Gr., das kg. Speck 2,40, Kotelett 2,40, Karbonade 2,20, Schinken 1,80, Wurst 1,20, Leberwurst 1,20, Grützwurst 0,80, Rindfleisch mit Knochen 1,80, ohne Knochen 2,00, Kalbfleisch 0,90—1,20. — Dem Förster Kurt Gollnick aus Karben wurde sein Fahrrad gestohlen, als er es unbewußt im Korridor der Försterei stehen gelassen hatte. — Überfahren wurde die 1½ Jahre alte Kazimiera Krzywicka aus Szczuka von dem Entwegen des Besitzers Verendt. Das Mädchen erlitt so schwere Verletzungen, daß jeweils aus Szczuka von dem Entwagen des Besitzers mord verüben wollte die Frau eines Grenzbeamten, indem sie Essigessenz zu sich nahm. Man konnte die Frau am Leben erhalten. — Auf der Bahnhofstraße (Dworcowala) fanden Vorübergehende ein kleines Kind weiblichen Geschlechts. Neben dem Kind lag ein Bettel, auf dem die unbekannte Mutter bat, sich des armen Wurmes, das 14 Tage alt und noch ungetauft sei, anzunehmen. — Durch einen Hufschlag getötet wurde der Sohn des Gutsbesitzers Raszkowski in Mroczen. Er schlug mit einem Stock auf ein Pferd ein, welches plötzlich ausschlug und den Knaben auf der Stelle tötete.

y. Strasburg (Brodnica), 19. August. Tödlich verunglückt ist auf dem Rittergut Schlossau (Słoszawy) der 19jährige Arbeiter Brzesinski. Brz. war mit Getreide einkaufen zum Schöber beschäftigt. Durch einen unglücklichen Zufall stürzte er vom Wagen. Die Räder gingen dem Unglücklichen über den Hals, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Bei dem Besitzer Jarecki in Malki war dessen 16jähriger Neffe, welcher zum Besuch bei ihm weilte, beim Dreschen beschäftigt. Des regnerischen Wetters wegen hatte er einen Mantel zum Pferdetreiben angezogen. Der Mantel verfestigte sich in der Kurbelstange. Der Knabe wurde zu Boden gerissen und in schwer verletztem Zustande ins Kreiskrankenhaus nach Strasburg geschafft. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

x. Zembelburg (Sepólno), 19. August. In dem unweit gelegenen Dorfe Wódel hiesigen Kreises wurde ein 14jähriges Mädchen von einem Wagen überfahren. Das Mädchen hatte nur leichte äußere Verletzungen erlitten. — In unserem Nachbarort Kamion drangen vor einigen Tagen nachts Einbrecher in die dortige Molkerei und entwendeten einen Posten Tilsiterkäse, sowie ein Damerrad. Die Diebe konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Deutsche Flieger in mongolischer Gewalt

Der Pilot Rathje, der mit einem Junkers-Postflugzeug der Europa, der Chinesisch-Deutschen Luftverkehrsgesellschaft, in der Mongolei am 2. Juli wegen einer Motorpanne niedergehen mußte und nach seiner Notlandung verhaftet wurde, ist, wie eine Nachricht aus Urga besagt, wegen Spionageverdachts zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sein Begleiter, der Funkermechaniker Köller, der bei der Landung von den Gewehrkugeln mongolischer Soldaten verletzt wurde, befindet sich noch in einem Lazaret bei Urga. Es soll ihm — nach der Amputation eines Beines — wieder etwas besser gehen. Es ist hingegen nicht ausgeschlossen, daß auch er demnächst vor ein Gericht gestellt wird, wenn die Deutsche Regierung nicht unverzüglich interveniert.

Die Chinesisch-deutsche Luftverkehrslinie Berlin-Schanghai wurde am 31. Mai 1931 eröffnet. Sie wird von drei Verkehrsgesellschaften betrieben, von der Derulust zwischen Berlin und Moskau, von der Russischen Luftverkehrsgesellschaft von Moskau bis Irkutsk und von Manduschuria bis Schanghai von der Europa, der Deutsch-Chinesischen Luftverkehrsgesellschaft. Die Strecke zwischen Irkutsk und Manduschuria wurde, da noch keine Einigung über gewisse Luftpolitische Fragen erreicht wurde, vorläufig noch von der manduschurischen Bahn betrieben. Von der Einrichtung der Strecke versprach sich die deutsche Lufthansa viel, da Post und Fracht von Deutschland nach China in der Förderungszeit gegenüber der Eisenbahn einen gewaltigen Vorsprung erzielen.

Wie die reichsdeutsche Presse versichert, sollen alle Schritte von russischer und auch von chinesischer Seite aus eingeleitet werden sein, um die Beschlagnahme des Flugzeuges aufzuheben und eine Freilassung des Piloten und des Funkermechanikers zu erwirken. Es ist aber eigentlich, daß die Mongolei, die bekanntlich einen Freundschaftsvertrag mit Russland abgeschlossen hat — die Oberhoheit Chinas über die Mongolei ist bis heute noch nicht anerkannt worden —, den Konflikt nur noch erschwert hat. Es ist kaum anzunehmen, daß die Mongolei selbständig handelt, sondern es ist eher der Schluss berechtigt, daß hinter den Mongolen politische Kräfte stehen, die ein Interesse daran haben, die Luftverkehrslinie zwischen Berlin und China stillzulegen; praktisch ist das ja auch bereits gelungen.

In China befinden sich noch drei deutsche Piloten, Luk, Baumgart und Graf Schack mit zwei Junkers-Flugzeugen, einer "W. 23" und einer "F. 13". Durch den Zwischenfall ist nicht nur der Luftverkehr zwischen Berlin

und Irkutsk eingestellt worden, sondern auch der Verkehr zwischen den chinesischen Städten Manduschuria, Peking, Nanjing und Schanghai.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß in diesem Fall von einem Spionageverdacht überhaupt keine Rede sein konnte; denn die Maschine befand sich im Dienst des regelmäßigen Luftpostverkehrs zwischen Peking und Manduschuria, und sie war, soweit man weiß, nur durch die Wetterlage gezwungen worden, von ihrem vorgeschriebenen Kurs abzuweichen und den Weg über die äußere Mongolei zu nehmen. Wahrscheinlich hat auch das schlechte Wetter den Flieger gezwungen, so niedrig zu fliegen, daß die Maschine von den Kugeln der mongolischen Truppen — soweit es sich überhaupt um reguläre Soldaten handeln sollte — getroffen werden konnte. Photographiche Apparate führte die Maschine nicht an Bord, und was es in dieser Gegend überhaupt zu "spionieren" gegeben haben könnte, ist bisher noch unersichtlich.

Dem Zwischenfall kommt jedenfalls eine erhebliche politische Bedeutung zu, zumal wenn man bedenkt, daß die offiziell dem chinesischen Hoheitsgebiet zugeschriebenen Mongolen hier gegen ein Flugzeug einer chinesischen Luftverkehrsgesellschaft vorgegangen und daß alle Vorstellungen seitens der chinesischen Behörden bisher ergebnislos gewesen sind. Andererseits wird behauptet, daß das fragliche Gebiet zur russischen Interessensphäre gehöre; unter diesen Umständen wäre die unerhörte Bestrafung des deutschen Fliegers von besonderer Bedeutung.

Es soll jetzt der Versuch gemacht werden, auf schnellstem Wege eine Kommission nach Urga zu entsenden, um dort die Freilassung der deutschen Flieger und die Freigabe der beschlagnahmten Maschine zu erreichen. Wie es heißt, bemüht man sich zunächst einmal um die Einreiseerlaubnis, so daß auf jeden Fall noch einige Zeit verstreichen kann, bis dem im Gefängnis in Urga sitzenden Flieger Rathje Hilfe gebracht werden kann.

In deutschen amtlichen Kreisen liegt einstweilen noch keine Bestätigung für die Verurteilung vor. Man glaubt hier, daß die Flieger, die allerdings tatsächlich mongolisches Gebiet ohne Erlaubnis überflogen haben, einem folgenschweren Irrtum zum Opfer gefallen sind. Die Deutsche Regierung hat versucht, durch die Deutsche Botschaft in Moskau zugunsten der Flieger zu intervenieren. Ein Erfolg dieses Schrittes wird bei den unklaren Machtverhältnissen in der Mongolei abzuwarten sein.

viel derartiger Einheiten. Es wäre daher sehr viel gewonnen, wenn er um 50 000 bis 100 000 Mark je Gramm gesenkt werden könnte, wie man in Amerika anzunehmen geneigt ist.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 22. August.

Königswusterhausen.

07.00 ca.: Frühkonzert. 12.00: Wetter. 12.05: Schulfunk. Peterstunde. "Volk und Staat". 14.00: Von Berlin: Schallplatten. 15.00: Bastelflunde für Jungen. 15.45: Die Frau als Bildhauerin. 16.00: Von Hamburg: Konzert. 18.00: Französisch für Anfänger. 18.45: Wetter. 19.30: Stille Stunde. "Der Stimmenmacher". Hörspiel von Karl Würzburger. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk gestern und heute". 23.15—00.30: Von Berlin: Tanztanz.

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 11.35, 12.10 u. 12.50: Schallplatten. 16.00: Das Buch des Tages. 16.50: Unterhaltungskonzert. 17.30: Wie sollen wir Städte sehn? 18.15: Die Zusammenfassung. 18.45: Wetter. Anschr.: Abendmusik der Funkkapelle. 20.00: Von Berlin: "Rundfunk gestern und heute". 23.15—00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Frühkonzert. 11.35, 12.10 u. 12.50: Schallplatten. 16.00: Das Buch des Tages. 16.50: Unterhaltungskonzert. 17.30: Wie sollen wir Städte sehn? 18.15: Die Zusammenfassung. 18.45: Wetter. Anschr.: Abendmusik der Funkkapelle. 20.00: Von Berlin: "Rundfunk gestern und heute". 23.15—00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 11.35, 12.10 u. 12.50: Schallplatten. 16.00: Das Buch des Tages. 16.50: Unterhaltungskonzert. 17.30: Wie sollen wir Städte sehn? 18.15: Die Zusammenfassung. 18.45: Wetter. Anschr.: Abendmusik der Funkkapelle. 20.00: Von Berlin: "Rundfunk gestern und heute". 23.15—00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gestern und heute".

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert. 10.15: Alldeutsche Tänze. 11.30—14.30: Königsberg: Schallplatten. 11.30—13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.30: Gertrud Gerlach-Jacoby liest Novellen. 19.20: Von Danzig: Pastoreni-Lieder, Max Olof, Luzern, Bariton, Flügel: Otto Selberg. 20.00—00.30: Übertragung von Berlin: "Rundfunk von gest

Der unbequeme Minderheiten-Bertrag

Polens große Chance.

Die Deutsche Partei in Schlesien hielt unlängst in Bielsk ihren Parteitag ab, dessen Ergebnis eine einstimmig angenommene Resolution war, in der u. a. über die Unvollkommenheiten des Minderheitenschutzes in Polen berechtigte Klage geführt wurde.

Die „Gazeta Polska“ bezeichnet diese Entschließung, die sowohl dem Ministerpräsidenten als auch dem schlesischen Wojewoden überreicht wurde, als polenfeindlich und krankt sich besonders darüber, daß die dem Reichskanzler Dr. Brüning nahestehende „Germany“, die diese Entschließung wiedergegeben hatte, sie mit folgendem Kommentar versehen hat: „Diese Feststellungen des Deutschen Parteitages bilden eine wertvolle Grundlage für die Beratungen der September-Session des Völkerbundsrats in Genf. Das Sanierungsorgan erblüht in diesem Kommentar eine Ankündigung, daß die Tendenz besthebe, den Völkerbund mit der Fortsetzung der durch den Bericht der Polnischen Regierung abgeschlossenen antipolnischen Kampagne zu belästigen.“

„Das wäre“, so meint die „Gazeta Polska“, „wirklich eine höchst charakteristische Einleitung zu jenem politischen Waffenstillstand, über den man sich in Berlin mit den Herren Laval und Briand unterhalten soll. Wollte man aber in der Frage des Minderheitenschutzvertrages, der von Polen auf das Loyalste innegehalten wird (!!!), die Saite überspannen, so könnte dies weitgehendere und andere Folgen haben, als die, mit denen diejenigen rechnen, die an diese Überspannung der Saite die Hand anlegen. Minister Dietrich hat in seiner letzten Rede zu verstehen gegeben, daß die Deutsche Regierung auf die Forderung der Revision der Traktate nicht verzichten werde. Brauchen wir Nachdruck darauf zu legen, daß der Minderheitenschutzvertrag zu jenen Traktaten gehört, die nach allen bisherigen Erfahrungen die Geduld der polnischen öffentlichen Meinung nur schwer ertragen und dessen Revision von Polen bestrebt begrüßt werden würde? Die Lösung des Ministers Dietrich hat also gewisse Seiten, die verdienen, in Polen beachtet zu werden, allerdings von einem anderen Gesichtspunkt, wie man sich dies in Deutschland denkt.“

In einem zweiten Artikel gefällt sich die „Gazeta Polska“ darin, den Angriff gegen den Minderheitenschutzvertrag zu wiederholen und mit schlechten Gründen zu unterbauen. Das führende Regierungsorgan bespricht in diesem Aufsatz zunächst eingehend die preußische Minderheitspolitik, wobei seine Behauptungen in den meisten Fällen den Tatsachen widersprechen und tendenziös aufgebaut bzw. in falschem Zusammenhang gebracht sind. Es geht der „Gazeta Polska“ naturnämlich darum, nachzuweisen, daß vor dem Kriege die deutsche Minderheitspolitik eine Unterdrückungspolitik gewesen sei. Die Nachriegspolitik Deutschlands entspringe aber denselben Ideengängen und hätte sich durchaus bewußt die Ausnutzung der sogenannten Minderheitenfrage in Polen zur Fragestellung der Selbständigkeit der Einheit und der Souveränität des polnischen Staates zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel hänge eng zusammen mit der „Unmöglichkeit, sich mit dem gegenwärtigen Zustand abzufinden“, wie von der deutschen Politik einsichtlich der Zuteilung Oberschlesiens und Pommerns zu Polen immer wieder behauptet werde. Diese Gebietszuteilungen ständen im Gegensatz zu den Plänen der deutschen Expansion nach dem Schwarzen Meere hin, im Gegensatz zu dem Vorlaut des Friedensvertrages von Brest-Litowsk mit dem Russland Lenins und der Episode der deutschfreundlichen Skoropodski-Regierung in Kiew. Sich dieser Politik entgegenzustellen sei nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht Polens.

Es ist die höchste Zeit, den Völkerbundsfaktoren und den offiziellen Weltmeinung die Augen darüber zu öffnen, daß diese Art der deutschen Politik nichts gemeinsam hätte mit einer humanitären Fürsorge für das Recht eines jeden Menschen zur Bewahrung und Pflege seiner Stammsonderheiten, seiner Sprache, seines Glaubens und seiner Traditionen, ohne Schädigung dessenigen Staates, dessen Bürger er ist. Es sei weiterhin festzustellen, daß eine derartige Politik nichts gemein habe mit der Arbeit am Frieden und der internationalen Zusammenarbeit der Staaten, da sie lediglich zur Aufrechterhaltung der politischen Ungewissheit in Permanenz diene und ihrer ständigen Ausnutzung zu egoistischen Zielen, und daß sie niemals in Einklang zu bringen sei mit dem Begriff des „politischen Waffenstillstandes“, von dem man heute so viel im Zusammenhang mit der finanziellen Rettung Deutschlands spreche.

Die „Gazeta Polska“ bespricht dann weiter die Gründe, die zum Minderheitenschutzvertrag führten, und stellt fest, daß das Ziel des Vertrages die Vorbeugung akuter Streitigkeiten zwischen den Anhängern einzelner Religionen oder Volksgruppen in einem der neugeschaffenen Staaten gewesen sei, die die Friedensatmosphäre bedrohen könnten. Das Blatt schreibt dann weiter: „Infolge der deutschen Politik beim Völkerbund jedoch hat das „Diktat“ des Minderheitenschutzvertrages in Polen geradezu unangefochtene Wirkungen gehabt, als es eigentlich beabsichtigt war. Trotz der Tatsache, daß Polen im Sinne seiner vielhundertjährigen Tradition religiöse Toleranz im weitesten Maße angewandt hat und als erstes seine Grenzen den Opfern anderer Länder geöffnet hat und überhaupt in jeder Beziehung durchaus human gegenüber allen Nationalitäten verfahren sei, würde der Vertragsmechanismus des Versailler Vertrages gerade zu Aufspürscherungen und Intrigen benutzt werden, die den inneren Frieden in Polen bedrohen und eine Spannung in seine inneren Verhältnisse bringen.“

Die „Gazeta Polska“ hat sodann die Stirn, folgendes zu behaupten: „Mit großer Geduld und in fortlaufenden Verständigungsidenen hat die Polnische Regierung ein Beispiel der genauesten Durchführung derjenigen Bestimmungen gegeben, die der polnischen Delegation in Paris im Jahre 1919 diktiert wurden. Es hat seine Verpflichtungen selbst in den kleinsten Stücken durchgeführt, bei denen man sich auf Grund der Prozedur des Vertrages das Recht zu Bänkereien mit den Behörden seines Staates vor dem Völkerbunde angemaßt hat. Wie jedoch die Erfahrung lehrt, hat dieses Verhalten Polens nur dazu geführt, daß innerhalb des Staates geschlossene Gruppen die Kampagne gegen den Staat organisieren mit offen feindlichen

Absichten, und daß diese Gruppen nicht einmal ihre Absichten und Versuche auf ein Verschlagen der Unteilbarkeit des Staates verbüßen. Die Geneigtheit, mit der auswärtige Faktoren diesen Gruppen Unterstützung in ihrer Feinde gegen den Polnischen Staat gewähren und sie selbst dann unterstützen, wenn die Tätigkeit dieser Gruppen bereits einen solchen Charakter annimmt, daß sie mit den Behörden in Konflikt kommen können, kann sich kein Staat gefallen lassen, sofern er sich seiner souveränen Pflichten bewußt ist.“

Eine weitere Anwendung und Ausnutzung des Minderheitenschutzvertrages in dieser Weise muß notgedrungen dazu führen, daß dieser Vertrag als unzureichbar bezeichnet wird. Das muß mit vollem Nachdruck allen denjenigen in Erinnerung gebracht werden, die in der letzten Zeit so laut von der Vertragsrevision sprechen und sich auf den Text des Völkerbundvertrages berufen, der eine Neuregelung von solchen Vertragsbestimmungen vorsieht, wenn sie unzulässig geworden sind.“

*

Der dem Marschall Piłsudski persönlich nahestehende Oberst Beck, der gegenwärtig den Posten eines Vize-ministers im polnischen Außenministerium bekleidet, hat soeben mit erfrischender Deutlichkeit jedes „Übermaß an polnischer Initiative in der Außenpolitik“ abgelehnt. Er hat in diesem Zusammenhang vor allem auch jede „ungebundene, unbekümmerte und unvorsichtige Propaganda“ abgelehnt, die sich mit politischen Problemen beschäftigt, die „weder juridisch noch diplomatisch bestehen.“ So werden die Auslassungen der offiziellen „Gazeta Polska“ über den Minderheitenschutzvertrag prompt und eindeutig von einem der zuständigsten Regierungsvertreter gerichtet.

Mit den überraschenden Behauptungen, der Minderheitenschutzvertrag werde von Polen „auf das Loyalste innegehalten“, und man habe hierzulande „mit großer Geduld und in fortlaufenden Verständigungsidenen ein Beispiel der genauesten Durchführung seiner Bestimmungen gegeben“, — mit dieser etwas ausschweifenden Phantasie bräuchten wir uns wohl kaum ausführlich auseinanderzusehen. Die gewaltige Emigration und Enteignung der Deutschen unseres Gebiets, die betrüblichen Vorgänge bei den letzten Wahlen in Ost-Schlesien, die „Befriedungsaktion“ in Ostgalizien und ungezählte andere Dinge mehr passen auf diese Behauptung wie die Faust aufs Auge.

Man kann sich nach diesen Erfahrungen allerdings fragen, ob der Minderheitenschutzvertrag überhaupt noch einen Zweck hat; aber die Aufröhrung dieser Frage liegt wahrhaftig nicht im Interesse der Polnischen Regierung. Dieser „kleine“ Versailler Vertrag wurde gewissermaßen als Ausgleich für gewisse Teile des „großen“ Versailler Vertrages geschaffen, nach dem weite Gebiete ohne Volksabstimmung an Polen geschlagen wurden. Durch die von Clemenceau unterzeichnete Mantelnote zum Minderheitenschutzvertrag und vor allem durch die Einreichung des Art. 93 des Versailler Hauptvertrages (der den Minderheitenschutzvertrag zum integrierenden Bestandteil des Friedensvertrags macht) in den Achten Abschnitt, der von den territorialen Abtretungen an Polen handelt, wird dieser Zusammenhang sinnfällig dokumentiert. Wer am Minderheitenschutzvertrag rüttelt, der rüttelt zunächst am Achten Abschnitt des „großen“ Versailler Vertrages. Der „Gazeta Polska“ scheint diese Logik der Dinge und diese notwendige Wirkung ihrer törichten Propaganda noch nicht gekommen zu sein. Deshalb erlauben wir uns, sie in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam zu machen.

Wir geben es offen zu: der Minderheitenschutz-Vertrag hat Herrn Baleski schon oft in Genf in peinliche Situationen verstrickt. Daran ist aber nicht dieser noch recht unvollkommene Vertrag schuld, sondern einfach die Tatsache, daß er immer wieder nicht eingehalten wird. Man macht eine Übertreibung nicht dadurch ungeschehen, daß man sie leugnet, oder daß man die Verordnung angreift, die eine gewisse Handlung als Übertreibung kennzeichnet. Man entlastet vielmehr Ruf und Gewissen nur dadurch, daß man dem moralischen Gesetz Achtung entgegenbringt und den entstandenen Schaden wieder gutmacht.

Bei einer solchen vernünftigen und den Interessen des Staates allein gerecht werdenden Haltung kann allerdings der Minderheitenschutz-Vertrag im Laufe der Zeit genau so überflüssig werden wie manche andere gesetzten Rechtsmaximen, die heute deshalb nicht mehr gelten, weil ihre Moral so allgemein in das Volksbewußtsein übergegangen ist, daß eine verpflichtende Formel für deren Anwendung nicht länger notwendig erscheint. Wir stehen nicht an, zu behaupten, daß in den gesegneten Zeiten Kasimirs des Großen, in denen Polen unter dem Zeichen einer vorbildlichen Toleranz groß und mächtig war, ein Minderheitenschutz-Vertrag, wenn rein theoretisch die Möglichkeit dazu gegeben wäre, auch praktisch ohne jedes Interesse war. Anders hätte man in anderen Epochen der polnischen Geschichte über dieses Problem denken müssen, z. B. in den Jahren der Dissidenten-Verfolgungen, die den Teilungen der alten Republik vorangingen.

Der polnischen Völkerbund-Delegation, die sich zur Septembertagung nach Genf begibt, wird u. a. Herr Maczynski, der Leiter der Minderheiten-Abteilung im Außenministerium angehören. Wie schön und wertvoll wäre es, wenn dieser Mann ebenso wie der korrespondierende Abteilungsleiter im Innenministerium hinter sich ein Mehrheitsvolk wüsste, das, vom Geiste des großen Königs Kasimir bestellt, die Eindeutschungspolitik im Westen und die verfehlte Ukrainer-Politik im Osten in das Reich der Schatten verwiese. Wir Minderheiten in Polen, die wir in gleicher Weise unserem Volkstum und unserem Staat gerecht werden wollen, würden dann die ersten sein, um durch unsere maßgeblichen Vertreter die Überflüssigkeit des internationalen garantierten Minderheitenschutz-Vertrages darzutun. Die Erfahrungen der letzten Jahre seit Unterzeichnung des „kleinen“ Versailler Vertrages geben uns zu unserem aufrichtigen Schmerz dazu leider keine Möglichkeit.

Polen hat die große Chance, durch eine wohlverstandene Politik der Gerechtigkeit gegenüber den nicht-polnischen Volksgruppen zu einem im Rat der Völker hochangesehenen Vollwerk des Friedens in Europa zu werden. Dazu ist nichts weiter nötig, als daß man den Geist des großen Kasimir aus seinem Grabe herauftaucht und sich praktisch — nicht nur in schönen Reden und falschen Pressebehauptungen — auswirken läßt.

Wer von den

Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat September 1931 noch nicht bestellt hat, wolle das Abonnement rechtzeitig, möglichst heute noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuern. Bestellzettel zur ges. Verwendung in dieser Nummer.

Wenn die hohe Regierung eine solche Politik aus eigenem Interesse, nicht etwa um eines internationalen Vertrages willen, zur Tat werden läßt, dann verschafft sie sich jenen „Faktor der Sicherheit und des Vertrauens“, von dem der Herr Vizeminister Joseph Beck gestern sehr richtig bemerkte, daß er einen nicht geringeren Wert besitzt als das Gold in der Emissionsbank. Zu diesem erhabenen Werk, zu dieser überragenden staatsmännischen Tat, die man nicht ohne Verständigung am Staatsganzen durch unwahrsame Propaganda hindertreiben darf, hat die gegenwärtige Regierung die Macht, haben wir den guten Willen. Wenn das Werk trotz dieser idealen Voraussetzungen bisher nicht gelungen ist und auch weiterhin nicht gelingen sollte, — dann waschen wir unsere Hände in Unschuld.

Kürzung der Beamtenbezüge in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 19. August 1931.

Der Danziger Volkstag wurde auf den heutigen Mittwoch einberufen. Die Tagesordnung umfaßt nicht weniger als 17 Punkte, von denen allerdings nicht weniger als 8 kommunistische Agitationsschläge sind. Interesse erweckt noch die Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion betr. den Überfall durch Nationalsozialisten in Schöneberg. An der Spitze der Tagesordnung steht aber die erste Beratung eines Gesetzentwurfes der Regierung zur Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und Angestellten im Amt und im Ruhestand sowie ihrer Hinterbliebenen, zu dessen Annahme eine verfassungsmäßige Mehrheit notwendig ist, und die erste Beratung eines neuen Ermächtigungsgesetzes.

Das Gesetz zur Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge bezweckt die Aufhebung des sogenannten Besitzstandes. Als am 19. Oktober 1928 das neue Danziger Besoldungsgesetz in Kraft trat, wurden in dessen § 46 den alten, damals bereits angestellten Beamten, die am 31. 10. 28 zustehenden Beträgen auch über diesen Zeitpunkt hinaus zugesichert, wenn sie höher waren, als ihnen nach der neuen Besoldungsordnung zugestanden hätten. Jede Verdopplung, Zulassung einer sozialen Zulage nach der neuen Besoldungsordnung brachte den Beamten aus dem Besitzstand automatisch heraus, — jede neue Anstellung erfolgte seit Inkrafttreten des neuen Besoldungsgesetzes selbstverständlich nach diesem, so daß heute nur noch ein Teil der Beamtenschaft ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Besitzstandes hat. Dieser die Mehrbeträge noch weiter zu zahlen gestattet die Notlage des Staates und der Gemeinde nicht mehr, so daß die Regierung die Aufhebung verlangt, die entsprechend auch für Beamte, Angestellte, Ruhegehaltsempfänger, bezw. Hinterbliebene solcher bei den Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts und Tarifangestellte gilt.

Da dem Senat volle Anpassung an die Gehälter im Reich und in Preußen vorschwebt, um für das bevorstehende halbe Stotsjahr noch eine Ersparung von 2,2 Millionen Gulden zu erzielen, soll auch der den Beamten darüber hinaus gezahlte Ausgleichszuschlag von 6 Prozent in Wegfall kommen, um so mehr, als der Lebenshaltungs-Index entsprechend gesunken ist.

Um übrigens sieht der erwähnte Gesetzentwurf vor, daß künftig durch einfaches Gesetz die Bezüge denen im Reich angeglichen werden können. Auch hierfür ist aber nach der bekannten Entscheidung des Obergerichtes eine verfassungsmäßige Mehrheit im Volksrat notwendig.

Mit diesen Maßnahmen wird aber die notwendige Summe der Einsparungen noch nicht erreicht. Darum soll nach dem Ermächtigungsgesetz die Festbesoldetensteuer erhöht werden. Und zwar soll sie, die jetzt 8 Prozent beträgt, um weitere 6 Prozent bis auf 14 Prozent gesteigert werden für den Fall, daß die verfassungsmäßige Mehrheit für die Aufhebung des Besitzstandes erreicht wird und damit auch der Ausgleichszuschlag fällt. (Bei Angestellten bis 12 Prozent.) Einkommen bis 167 Gulden bei Ledigen und bis 200 Gulden bei Verheirateten sollen überhaupt steuerfrei bleiben. Von Einkommen, die höher sind, bleiben 100 Gulden steuerfrei, bei loyaler Behandlung der Grenzfälle der unteren Einkommen, so daß also beispielweise von einem Einkommen von 300 Gulden — 200 Gulden bei einem Einkommen von 1000 Gulden — 900 Gulden dem 14 prozentigen Steuerabzug unterliegen. Auf diese Weise wird eine indirekte Staffelung der Steuer erreicht, so daß die Steuer bei den unteren Einkommen 6,2 Prozent, bei den höchsten aber 13 Prozent des Gehaltes ausmacht. Das Einkommen darf in keinem Falle durch die Steuer unter die steuerfreie Grenze kommen. Diese Maßnahmen würden eine fast völlige Anpassung an die Gehälter in Deutschland bringen, bei einer geringen Verbesserung der unteren und einer schärferen Erfassung der höchsten Gehälter, die in Deutschland auf etwa 10% Prozent kommt, in Danzig aber auf 13 Prozent.

Für den Fall der Nichtbefestigung des Besitzstandes und des Ausgleichszuschlags soll die Festbesoldetensteuer bis 17 Prozent erhöht werden (bei Angestellten — 15 Prozent), bei Heraussetzung der Kreissumme auf 50 Gulden.

Durch die erbetene Änderung des Senatorengesetzes sollen auch die Einkommensverhältnisse der Senatoren der Finanzlage des Staates angepaßt werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Keine Vernichtung der amerikanischen Baumwollernte.

Das amerikanische Farm-Board hatte bekanntlich einen Plan ausgearbeitet, wonach aus Preisstützungs-Rücksichten ein Teil der diesjährigen Baumwollernte vernichtet werden sollte. Dieser Vorschlag wurde an 14 Gouverneure der interessierten Staaten in USA gerichtet. Nach den jetzt vorliegenden Meldungen dürfte ein derartiger Vorschlag keine Aussicht auf Annahme haben. 7 Gouverneure haben sich ausdrücklich gegen derartige Maßnahmen ausgesprochen, von den verbleibenden 7 Gouverneuren haben sich lediglich 3 für eine Annahme der Erntevernichtung ausgesprochen, während die Antwort von weiteren 4 Gouverneuren noch aussteht. Der Plan kann jedoch erst dann auf Ausführung rechnen, wenn ihn wenigstens 10 Gouverneure akzeptiert haben. Somit steht jetzt schon fest, daß der Vorschlag des Farm-Board seine Verwirklichung finden wird.

Der Vorschlag, einen Teil der Ernte zu vernichten, um mit dieser Maßnahme die rückläufige Tendenz an den Baumwollbörsen der Welt aufzuhalten, hat sowohl in interessierten Kreisen Amerikas wie Englands Widerpruch erregt, trotz aller Versicherungen des Vorsitzenden des Farm-Boards, daß durch diese Vernichtung des „ähnlichen“ Ernte-Überschusses der Baumwollmarkt von 4 Millionen Ballen unverkäuflicher Baumwolle befreit werden würde. Amerikanischen Informationen zufolge hat das Landwirtschafts-Department der Vereinigten Staaten ein Projekt ausgearbeitet, um den Verbänden der Baumwollfarmen mit langfristigen Krediten zu Hilfe zu kommen, um diesen Verbänden die Möglichkeit zu geben, einen Teil der diesjährigen Baumwollernte für längere Zeit auf Lager zu nehmen, um sie dadurch von einem Angebot auf dem Baumwollmarkt fernzuhalten. Dabei erheben sich auf der anderen Seite Schwierigkeiten finanzieller Natur. Eine derart großzügige Finanzoperation würde den Staatshaushalt der Vereinigten Staaten in überaus starrem Maße in Anspruch nehmen, und es kann jetzt schon vorausgesagt werden, daß dieser Vorschlag im Parlament auf starken Widerstand stoßen wird. Die Schwierigkeiten, in die Amerika infolge der Baumwollkrise geraten ist, ist ein Beweis dafür, daß selbst die kapitalstarken Farmer Amerikas mit dieser plötzlichen Erscheinung am Rohstoffmarkt der Welt schwer zu kämpfen haben.

Bevorstehender Kampf gegen das sowjetrussische Glühlampen-Dumping.

Der zuverlässiger Seite erfahren wir, daß innerhalb der polnischen Glühlampenindustrie Bestrebungen im Gange sind, eine gemeinsame Aktion gegen das sowjetrussische Dumping auf dem Gebiete der Glühlampeneinfuhr einzuleiten. Der sowjetrussische Glühlampenimport in Polen wird auf 500 000 Stück geschätzt. Die geplante Aktion dürfte aufgrund der Schwierigkeiten so rasch wie möglich erfolgen, da vorläufig weder von einem Einfuhrverbot noch von einer Zollerhöhung in Polen die Rede sein könne, denn die polnisch-sowjetrussische Handelsbilanz ist stark passiv zuungunsten Sowjetrußlands und die Selbstkosten gegen der polnischen Industrie eine natürliche Grenze in dem Konkurrenzkampf gegen das sowjetrussische Dumping.

Aufträge der staatlichen Eisenbahnen im Wirtschaftsjahr 1931/32.

Im Staatshaushaltsjahr 1931/32 haben die polnischen Staats-eisenbahnen bei inländischen Firmen insgesamt 108 Lokomotiven, 100 Personenwagen, 25 Gepäckwagen, 2470 Güterwagen und 100 Wagen zum Möbeltransport in Auftrag gegeben. Diese Aufträge wurden an folgende Firmen verteilt: 37 Lokomotiven wurden der Firma „Tegielki“ und „Pierwsza Fabryka Lokomotiwów“ zur Lieferung übertragen, 34 Lokomotiven wird die Firma „Warszawska Spółka Budownictwa Parowozów“ in Auftrag erhalten. „Lipow, Rau und Löwenstein“ erhielt einen Auftrag zur Lieferung von 80 Personenwaggons, 25 Gepäck- und 1670 Güterwaggons. „Ostrowie“ erhielt einen solchen von 1200 Güterwaggons und 100 Wagen zu Möbeltransporten. „Bielenkiewski“ soll 600 Kohlenwagen und 50 Personenwagen, „Tegielki“ 10 Personenwagen liefern. Ein Teil der vergebenen Aufträge kam bereits im laufenden Wirtschaftsjahr zur Lieferung, während ihre Ausgaben im Staatshaushalt 1931/32 figurieren.

Stilllegung der Laura-Hütte?

Die „Kattowitzer Zeitung“ meldet: Beim Demobilisationskomitee fanden Verhandlungen statt, die sich mit dem Antrage der Laura-Hütte auf Entlassung von 208 Arbeitern aus dem Grobbeschwälzwerk und der Entlassung von 86 Arbeitern der Zinkhütte der Hohenlohewerke beschäftigten. Da die Vertreter der Gewerkschaften gegen die Entlassung Einspruch erhoben, hat der Demobilisationskomitee von beiden Firmen gefordert, daß sie die Notwendigkeit der Entlassung durch genaue Angaben über Produktion und Absatz begründen. Während der Verhandlungen wurde zur Sprache gebracht, daß die Laura-Hütte ihren Betrieb ganz stilllegen will und auch angekündigt hat, daß sie weitere 220 Arbeiter entlassen will.

Polens Hopfenproduktion.

Die Einschränkungen des Hopfenanbaus um ca. 25 Prozent in allen Produktionsländern werden den inzwischen erfolgten Rückgang des Bierkonsums kaum kompensieren und auch in diesem Jahre wird daher ein großer Teil der Ernte unverwendbar sein. Polen hat 1930 36 000 Bantner geerntet, davon 6000 Bantner im Inlande verbraucht und 28 000 Bantner ausgeführt. Der polnische Hopfen erzielte im Vorjahr teilweise günstigere Preise auf den ausländischen Märkten, als der tschechische, was sich dadurch erklärte, daß die polnischen Hopfenbauern nur ganz gute Ware erzielten, hingegen die weniger gut geratenen Pflanzen auf dem Felde stehen ließen. Die polnischen Brauereien haben zwar ca. 6000 Bantner tschechischen Hopfen eingeführt, trotzdem aber hat Polen so gut wie nichts von der vorjährigen Ernte übrig behalten (nur ca. 1500 Bantner). Es wird eine unabdingbare Erhöhung der Hopfensölle nach dem englischen und deutschen Muster gefordert. Der deutsche Hopfenverwendungszwang wird als Vorbild gewiesen. Polen hat in der Zeit der großen Konjunktur für Hopfen in den Jahren 1924–1926 seine Plantagen nicht übermäßig ausgebaut, demzufolge kann es jetzt die Anbaufläche der Konjunktur leichter anpassen. Die Investitionen im polnischen Hopfenbau betragen ca. 20 Mill. Zloty.

Firmennachrichten.

Zwangsvorsteigerung. Das in Culm (Chelmno) gelegene und im Grundbuch Culm, Band 11 und Band 15, Blatt 216 und 307, auf den Namen Ottilia Smielow, geb. Blerik, eingetragene Grundstück gelangt am 15. Oktober 1931, 11 Uhr vormittags, im Burgrichter Culm, Zimmer 18, zur Zwangsvorsteigerung. Der Versteigerungsvermerk erfolgte am 20. Juli 1931.

h. Zwangsvorsteigerung. Das in Strasburg (Brodnica) gelegene und im Grundbuch Strasburg, Ausweis 2, 211, auf den Namen des Kaufmanns Hermann Zwirner in Strasburg eingetragene Grundstück gelangt am 28. Oktober d. J., 10 Uhr vormittags, im Burgrichter in Strasburg, Zimmer Nr. 40, zur Zwangsvorsteigerung. Der Vermerk über den Zwangsvorlauf ist am 15. Mai d. J. im Grundbuch eingetragen worden.

Zwangsvorsteigerung. Das in Fürstenau (Burzstynow), Kreis Graudenz, gelegene, im Grundbuch von Fürstenau, Band II, Kartenblatt 69, auf den Namen von Paul Maschke und seiner Ehefrau Selma, geb. Thielmann, eingetragene Grundstück gelangt am 30. September 1931, vormittags 10 Uhr, im Burgrichter in Graudenz, Zimmer Nr. 2, zur Zwangsvorsteigerung. Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Juli 1931 im Grundbuch eingetragen worden.

Zwangsvorsteigerung. Das in Rosental, Kreis Graudenz, gelegene und im Grundbuch Rosenthal, Band I, Blatt 3, auf den Namen Stanislaw Pasłowski eingetragene Grundstück gelangt am 30. September d. J., 10 Uhr vormittags, im Burgrichter Graudenz, Zimmer 2, zur Zwangsvorsteigerung. Der Versteigerungsvermerk erfolgte am 11. Mai 1931.

Im Genossenschaftsregister des Burgrichters Culm (Chelmno) wurde unter Nr. 57 die Fa. „Pomorskie Przemysłowe warzaw, jarzawni i owećow“ Sp. z o. o. in Culm eingetragen. Gegenstand bildet der Handel und die Verarbeitung von Obst und Gemüse. Mitglieder des Vorstandes sind Damazy Bukowski, Alexander Babowski und Bolesław Matuszewski.

In Sachen des Konkurses über die Mittergüter Schubin Wies und Lachow, Eigentümer Elga Nosen, wird ein neuer Termin für den 15. September 1931, 10 Uhr vormittags, im Burgrichter Schubin, Zimmer 6, anberaumt.

Der polnische Holzmarkt.

Polnischer Holzpreise.

Die Preiskommission bei der Lemberger Industrie- und Handelskammer hat folgende Orientierungssätze für Holz festgesetzt:

1. Papierholz 14,50 Zloty pro Festmeter;
2. Fichten-Grubeholz im Durchmesser von 10 Centimeter und mehr und in einer Länge von 1,50 Meter und mehr 13,50 zł;
3. Kiefern-Schnittlöcke, Länge 4 Meter und mehr, Durchmesser 26 Centimeter und mehr 17,50 Zloty;
4. Fichten-Schnittlöcke 24 Zloty;
5. Tannen- und Fichtenbretter, Länge 3–6 Meter, 10 Centimeter und mehr breit, 26, 30, 40, 52 Millimeter stark 50 Zloty, 20 Millimeter stark 52 Zloty, 18 Millimeter stark 55 Zloty;
6. Tannen- und Fichtenbretter, sägesägt, faul- und bruchfrei, 3–6 Meter lang, 10 Centimeter und mehr breit, 26, 30, 40, 52 Millimeter stark 58 Zloty, 20 Millimeter stark 58 Zloty, 18 Millimeter stark 61 Zloty;
7. Tannenbretter (Tanne und Fichte), 26, 30, 40, 52 Millimeter stark 124 Zloty, 20 Millimeter stark 184 Zloty, 18 Millimeter stark 157 Zloty;
8. Tannen- und Fichtenbretter 4. Klasse, 26, 30, 40, 52 Millimeter stark 40 Zloty, 20 Millimeter stark 42 Zloty, 18 Millimeter stark 48 Zloty;
9. Tannen- und Fichtenbretter, 1–8 Meter lang 28 Zloty;
10. Kiefern-Grubeholz, 10 Centimeter Durchmesser, 1,50 Meter und mehr lang 13,50 Zloty;
11. Eichenholz, Durchmesser 50 Centimeter, 1. Kl. 130 Zloty, 2. Kl. 58 Zloty, 3. Kl. 29 Zloty; Durchmesser 40–49 Centimeter, 1. Kl. 110 Zloty, 2. Kl. 45 Zloty, 3. Kl. 25 Zloty; Durchmesser 30–39 Centimeter, 1. Kl. 70 Zloty, 2. Kl. 35 Zloty, 3. Kl. 21 Zloty;
12. Heizholz 100–220 Zloty pro 10 000 kg.

Polen und die englisch-sowjetrussische Holzverständigung

Der halbjährliche polnische Holzmarkt besaß sich in seiner Nr. 5 vom 10. August 1931 an erster Stelle wiederum mit der englisch-sowjetrussischen Holzverständigung. Es führt aus, daß unter dieser Verständigung insbesondere Holzexportländer, wie Schweden und Finnland, stark zu leiden haben werden, daß aber auch Polen von dem Vertrag sehr betroffen sei und daß die Frage, ob eine Holzausfuhr nach England überhaupt erlaubt erscheint, diskutiert werden müsse. Im polnischen Fachkreis herrsche die Überzeugung, daß die Verständigung keinen vorübergehenden, sondern einen ständigen Charakter habe, so daß der bisher nach England gerichtete Holzexport Polens auf andere Weise umgeleitet werden müsse, wenn solche unter den heutigen Verhältnissen überhaupt vorhanden seien. Nur eine internationale Verständigung der Holzexportländer könne in dieser Beziehung von Nutzen sein.

Deutschlands Holzeinfuhr aus Polen im ersten Halbjahr 1931.

Nach den deutschen Statistischen Nachrichten führte Deutschland im ersten Halbjahr d. J. insgesamt 21 589 To. hartes Rundholz und 447 619 To. weiches Rundholz ein. Unter den Bezugss-

ländern steht Polen bei Weichholz mit einem Anteil von 73 000 To. neben Sonderland mit der gleichen Quantität an zweiter bzw. dritter Stelle. Was die Einfuhr von weichem Schnitholz betrifft, sollen im ersten Halbjahr d. J. trotz des Ablaufs des deutsch-polnischen Holzabkommen auf Grund besonderer Genehmigungen 40 717 To. eingeführt werden sein. Die deutsche Einfuhr von Papierholz betrug 506 076 To. Auf Polen entfallen davon 100 000 To.

Polens Holzausfuhr über Gdingen im 1. Halbjahr 1931.

Im Anschluß an unsere Berichte über die Bedeutung Gdingens als Holzhafen geben wir nachstehend die Holzausfuhrziffern von Gdingen im ersten Halbjahr dieses Jahres (nach amtlichen Daten) bekannt (in Tonnen):

Holz und Holzerzeugnisse	7448,4
Bretter	3080,1
Telegraphenstangen	4042,2
Holzrinde	41,2
Hassholz	64,8
Sperlingsholz	51,0
Bugimbobel	67,7
Holzfäden	37,6
Körberzeugnisse	68,8

Die polnische Hollexportorganisation perfekt.

Am Dienstag, dem 18. d. M., fand in Warschau eine Versammlung des Obersten Rates der polnischen Holzverbände statt, auf der endgültig das Holzexportkomitee bei dem Obersten Rat der Holzverbände begründet wurde. Dem Exportkomitee für Sägewerksmaterialien werden 21 Mitglieder angehören, dem Exportkomitee für Papierholz 15. Nach der Konstituierung hielt die beiden Exportkomitees eine gemeinsame Sitzung ab, auf der eine Reihe von Organisationsfragen des Exports besprochen wurden. Die Beratungen dauerten auch am Mittwoch noch an und die zur Annahme gelangten Beschlüsse der Komitees werden am Schluss der Beratungen dem Handelsministerium zur Bestätigung zugesandt werden. Besonders besprochen wurden auch die Fragen einer Realisierung des Registerstands für Holz, ferner Kreditfragen und Fragen der Tariferleichterungen. Man hat allgemein der Ansicht Ausdruck, daß die Erledigung der Angelegenheit der Registerbankkredite von weitgehender Bedeutung für den gesamten polnischen Außenhandel mit Holz ist.

Generalversammlung der Holz-A.-G. Wisla in Bromberg. Dieser Tage fand in Bromberg die Generalversammlung der Holz-A.-G. Wisla unter dem Vorsitz von Leon Figiel, welcher 75 000 Stück Aktien im Nominalwert von je 15 Zloty besitzt, statt. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, da zwischen den Hauptaktionären, den Liquidatoren und den anderen Aktionären keine Einigung über die Liquidationsmethoden der Firma erzielt werden konnte. Es wurde beschlossen, bei der zuständigen Gerichtsbehörde die Abberufung der gegenwärtigen und die Ernennung neuer Liquidatoren zu beantragen.

so gilt dasselbe auch für die oberschlesische Eisen-Schwerindustrie. Der Export, der den Inlandsverbrauch gegenwärtig um 200 Prozent überwiegt, kann nicht als eine normale Entwicklung angesehen werden. Das wird besonders verständlich, wenn man den unerhörten Preissturz in der Eisen-Schwerindustrie berücksichtigt. Schon im Jahre 1928 waren die Preise sehr niedrig, in den nächsten Jahren nahm der Preissturz geradezu katastrophale Ausmaße an. Im Jahre 1929 belief sich der Preis für 1 Tonne beim Export auf 65 Pf. Sterling und ist gegenwärtig auf 8 Pf. Sterling gesunken. Der Anstieg der Fachkreise aufgrund kann bei solchen Preisen von einer Rentabilität der Hüttenproduktion keine Rede sein. Die Lage der polnischen Hüttenindustrie wird noch durch die Tatsache erschwert, daß Polen keine eigenen guten Erzläger hat, wie sie Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg besitzen. Das verteuert enorm die Produktionskosten und erschwert die Konkurrenz auf den Auslandsmärkten. Unter diesen Bedingungen kann die polnische Hüttenindustrie Bestellungen aus dem Ausland nur dann erhalten, wenn sie außerordentlich günstige Zahlungsbedingungen gewährt, wie das bei den sowjetrussischen Bestellungen der Fall ist (bei denen teilweise die Danat-Bank die notwendigen Diskontkredite erteilt), oder wenn sie sich mit erheblich niedrigeren Preisen einverstanden erklärt, als sie von den ausländischen Hüttenindustrien gefordert werden.

Für die Eisenhüttenindustrie ist ebenso wie für die Kohlenindustrie der Inlandsmarkt weitauß am bedeutendsten. Der riesige Sturm des Innenerverbrauchs von Eisen entspricht keineswegs den Lebenserfordernissen des Landes und ist lediglich durch die schwere Wirtschaftslage im ganzen Lande zu erklären. Ausgestellten Berechnungen aufgrund genügt bei dem heutigen Sachverhalt im Inlandskonsum für ganz Polen die Produktion einer einzigen oberschlesischen Eisenhütte. Die oberschlesische Hüttenindustrie verbindet große Hoffnungen mit dem Bau der Eisenbahnlinie Oberschlesien-Gdingen, eine durchgreifende Änderung in der Lage wird aber erst eintreten können, wenn ein allgemeiner Konjunkturumschwung eintritt und durch eine Beliebung der Bautätigkeit im Lande vor allem der Absatz auf dem Inlandsmarkt gesteigert wird.

Jahre 1926 92,00 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 88,25 + 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Pos. Landschaft (100 Zloty) 31,00 B. 8proz. Amortisations-Dollarpfandbriefe 78,00 B. Notierungen je Stück: 6proz. Roggen-Br. der Pos. Landschaft (1 D.-Zentner) 14,50 + 4proz. Prämiens-Investitionsanleihe (100 G. Zloty) 88,00 G.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 19. August. Die Preise vertheilen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Posen.

Richtpreise:

Weizen, neu, gesund und trocken	19,50–20,50	Rüben	26,00–27,00
Roggen, neu, gesund und trocken	20,00–20,25	Peluzichen	—
Mahlgerste	16,25–18,25	Haderbien	24,00–27,00
Braunergerste	20,50–22,50	Vistoriaerbien	—
Hafer, neu	15,50–16,50	Blauer Lupinen	—
Roggengehl (65%)	31,75–32,75	Gelbe Lupinen	—
Weizenmehl (65%)	32,00–34,00	Speisefarstoffen	—
Weizenfleie	13,25–14,25	Roggengehl, lose	3,00–3,30
Weizenfleie (groß)	13,75–14,75	Roggengehl, gepr.	3,50–4,50
Roggengehl	12,25–14,00	Heu, lose	5,50–